Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. :::

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 49. | Danzig, den 15. Juni 1912. | 3. Jahrgang.

Der Parteitag in Chemnitz.

Zum diesjährigen Parteitage, der vom 15. September ab in

Chemnitz

stattfindet, hat der Parteivorstand folgende provisorische Tagesordnung aufgestellt:

1. Konstituierung des Parteitages (Eröffnungsrede: Genosse Bebel). Endgültige Feststellung der Tagesordnung.
2. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert;
   b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Kaden.
4. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.
5. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
6. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
7. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
8. Die Maifeier. Referent: Genosse Pfannkuch.
9. Der internationale Kongreß in Wien. Referent: Genosse Molkenbuhr.
10. Anträge.
11. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Der Parteivorstand hat davon abgesehen, die Steuerfrage auf die provisorische Tagesordnung zu setzen, weil es ihm wünschenswert erscheint, daß diese bedeutsame Frage vor einer Erörterung auf dem Parteitage in der Presse eingehender behandelt wird, als das bisher geschehen ist. Die Wahlrechtsfrage wird den bedeutsamsten Punkt der Tagesordnung des Parteitages für Preußen bilden, der nur kurze Zeit nach dem deutschen Parteitage stattfinden wird. Aus diesem Grunde wurde davon Abstand genommen, sie auf dem Chemnitzer Parteitage zu behandeln.

Gedanken zur Wohnungsfrage.

Die schädlichen Wirkungen unserer heutigen Wohnungszustände können nicht leicht übertrieben werden. Ist man sich doch heute völlig darüber im klaren, daß gerade die schlimmsten sozialen Uebel durch die schlechten Wohnungen verschuldet oder doch stark verschlimmert werden. Wir erinnern an die Lungenschwindsucht, an die Säuglingssterblichkeit, an die Trunksucht. „Jeder, der sich mit dieser außerordentlich schwierigen Frage beschäftigt hat," schreibt der Charlottenburger Stadtrat Seydel, „weiß, daß so mancher Mann, durch seine unbehagliche, unzureichende Wohnung abgeschreckt, nach Feierabend in die Kneipe läuft." Dazu kommt die Verwahrlosung der Jugend infolge des engen Zusammenwohnens und vieles andere. Wie schlimm müssen die Dinge stehen, wenn so gar das Blatt der Bauunternehmer, die Baugewerks-Zeitung, neuerdings darauf hinweist, daß die bedenklich niedrige Geburtenziffer wie der bedenklich schlechte Gesundheitszustand in den Großstädten hauptsächlich durch die Ueberfüllung der Wohnungen verursacht ist. „Da aber," so schließt das Blatt seine Ausführungen, „das Bevölkerungswachstum Deutschlands fast ausschließlich den größeren Städten zufällt, weil das flache Land seine Jugend an diese abgibt, so muß die Zukunft Deutschlands davon abhängen, ob die Volkskraft in den größeren Städten gedeiht oder versiegt." Dabei muß man wissen, wie hoch die Zahl der Bewohner eines Zimmers sein muß, wenn es amtlich als „überfüllt" gelten soll. Einheitliche Normen bestehen ja dafür nicht. Das Berliner Statistische Amt rechnet eine Wohnung erst dann als überfüllt, wenn mehr als fünf Personen auf ein heizbares Zimmer kommen; das Schöneberger Amt „schon" bei mehr als 4 Personen. Man wende nun einmal diesen Maßstab auf die Wohnungen der Besitzenden an. Man stelle sich vor, daß in einer Wohnung von 4 heizbaren Zimmern nebst Küche, Mädchengelaß und reichlichem Zubehör, 16 Personen hausen mußten! Würden da nicht die Bewohner über unerträgliche Enge klagen? Nun ist es ja richtig, daß genau derselbe Maßstab nicht überall anwendbar ist. Wenn z. B. in einer Wohnung von Stube, Küche und Korridor ein Ehepaar mit 2 kleinen Kindern wohnt, und etwa der Mann den ganzen Tag bei seiner Arbeit außer dem Hause ist, dann wird man die Wohnung in der Tat nicht als überfüllt ansehen können. Wenn es aber 4 erwachsene Personen sind, ja wenn die beiden Kinder nur 14—15 Jahre alt sind und vielleicht noch verschiedenen Geschlechts, dann ist der Raum bereits zu enge. Weit schlimmer ist es noch, wenn die 4 Bewohner aus einem kinderlosen Ehepaar bestehen, das sich wegen der hohen Miete zwei Schlafgänger hält.

Trotzdem nun also solche Wohnungen, soweit sie nicht mehr als 4 Personen pro heizbares Zimmer enthalten, nicht mitgezählt sind, ergibt sich doch, daß in Großberlin gegenwärtig rund 424 000 Personen in überfüllten Räumen wohnen! Und es ist nicht etwa die Ueberfüllung allein, die an der Gesundheit und dem Mark des Volkes zehrt. Es hilft bei diesem traurigen Werke die Art der Behausung, wie sie in den Großstädten seit einigen Jahrzehnten immer mehr um sich gegriffen hat: die berüchtigte **Mietskaserne**, die in einer geradezu raffinierten Weise Licht und Luft von den Wohnungen absperrt.

Was wir da erzählen, sind wahrlich keine Neuigkeiten. Doch, obgleich das alles längst bekannt ist, kann man von einer Besserung, ja auch nur von einem ernstlichen Versuch der Besserung, bisher verzweifelt wenig spüren. In Berlin z. B. ist man sich in der Verurteilung der Mietskaserne vollkommen einig. Gegen den Ruf nach Ein- und Zweifamilienwohnhäusern läßt sich mancherlei anführen. Aber von hier bis zur Mietskaserne gibt es ja noch viele Zwischenstufen, und heute wagt niemand mehr, der wirklichen Mietskaserne das Wort zu reden. Dabei ist für das Wesen der Mietskaserne nicht eigentlich die Zahl der Wohnungen ausschlaggebend — man kann schon mit 8—10 Wohnungen eine Mietskaserne herstellen — sondern die Form des Baues, diese Seitenflügel und Hintergebäude mit den engen Höfen, die sich dem Maßstabe eines bloßen Lichtschachtes bedenklich nähern. In deren Verurteilung also ist sich heute alle Welt in Berlin einig. Und dennoch genügt ein Gang durch die Vororte, wo Licht und Luft noch in Fülle zu haben ist, um zu sehen, wie Straßen um Straßen neu erstehen und mit lauter Mietskasernen besetzt werden! Ja, der Skandal geht so weit, daß nicht selten hübsche Villen mit schmucken Gärten weggerissen werden, um ein paar scheußlichen Mietskasernen Platz zu machen. Es ist ein Jammer, wie in diesen neu entstehenden Bezirken auf künstliche Weise wieder Dunkelheit und Enge erzeugt wird. Dabei sind aber diese absichtlich verschlechterten Wohnungen maßlos teuer! Ein Beispiel für viele: das Tempelhofer Feld wird gegenwärtig bebaut. Es soll dort ein sogenanntes „Villenviertel" entstehen, d. h. es werden nur größere Wohnungen von 3—5 Zimmern gebaut. Die Dreizimmerwohnungen haben ein Zimmer nach der Straße, die übrigen nach dem Hofe hinaus. „Allzu groß," so lesen wir in einer Preßnotiz, „sind die Höfe nicht; in den Eckhäusern, die wegen der vielen Querstraßen sehr zahlreich sind, findet man meist die bekannten Lichthöfe, die hier zugleich die Fahrstühle beherbergen." Nun sind die Wohnungen freilich mit Zentralheizung, Warmwasserleitung, elektrischer Beleuchtungsanlage usw. versehen. Das warme Wasser und die Heizung sind also in der Miete schon mitbezahlt (die Beleuchtung natürlich nicht). Aber dennoch: diese Wohnungen von drei Zimmern, wovon 2 auf den unfreundlichen, kleinen, dunklen Hof hinausgehen, sollen die Kleinigkeit von **1200 Mark pro Jahr** kosten! Da muß man doch wirklich fragen: wer kann das eigentlich bezahlen? Es kommen doch nur Leute in Betracht, die allermindestens 5—6000 Mark Jahreseinkommen haben. Und so wären wir denn in Berlin so weit, daß selbst Leute mit solch hohen Einkünften mit engen, unfreundlichen Wohnungen vorlieb nehmen müssen. Wobei wir übrigens nicht vergessen wollen, daß die Arbeiter in Berlin verhältnismäßig noch mehr bezahlen; denn eine Wohnung von Stube und Küche kostet 300—400 Mark, und dabei fehlt alle Bequemlichkeit, oft ist nicht einmal ein besonderes Klosett vorhanden.

Fragt man nun, warum denn — trotz aller anerkannten Schäden — immer wieder Mietskasernen gebaut werden, und warum in ihnen die Wohnungen so teuer sind, so lautet die Antwort: wegen der **hohen Preise des Grund und Bodens!**

Es gibt Leute, die die hohen Mieten in den Großstädten auf das berühmte Gesetz von Angebot und Nachfrage zurückführen. In den großen Städten strömen so viel Menschen zusammen, die brauchen jedes Jahr so viel neue Wohnungen, da müssen natürlich deren Preise steigen. Dem steht nur leider die Tatsache entgegen, daß die Mietspreise sich gar nicht darnach richten, ob Wohnungsmangel oder Wohnungsüberfluß herrscht. Ja, ein eigentlicher Wohnungsmangel kommt in den Großstädten nur sehr ausnahmsweise vor, wie kürzlich in Königsberg. Das hat dann besondere, meist vorübergehende Ursachen. In der Regel stehen in den Großstädten gar nicht wenig Wohnungen leer. Der Regierungsrat Dr. Fey hat im vorigen Jahr eine Schrift über die Wohnungsfrage veröffentlicht, worin er die Prozentsätze der leerstehenden Wohnungen für 29 deutsche Großstädte angibt. Darunter finden sich freilich Städte mit weniger als 1 Prozent leerer Wohnungen, aber in anderen Städten steigt der Prozentsatz bis auf 7. Jedenfalls ist unter diesen 29 Städten nicht eine einzige, wo es nicht leerstehende Wohnungen gegeben hätte, wo also das Angebot immer noch größer gewesen wäre als die Nachfrage.

Nun ist freilich mit solch summarischen Angaben nicht viel anzufangen. Es kommt natürlich sehr darauf an, welcher Art die leerstehenden Wohnungen sind. Dem Arbeiter kann es nichts nützen, wenn 5 und 6 Zimmerwohnungen leer stehen, und der Kommerzienrat kann nicht in eine Arbeiterwohnung ziehen. Aber da wird nun gerade jetzt von den Berliner Hausbesitzern geklagt, daß dort, (in Großberlin) weit über 60 000 Wohnungen leer stehen sollen. Darunter werden sich wohl zweifellos Wohnungen **jeder** Art befinden, große, mittlere und kleine. Und dennoch die enormen Mieten, dennoch die Ueberfüllung der bewohnten Räume!

Mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ist hier also nichts anzufangen. Doch die letzte Betrachtung gibt uns einen Fingerzeig. **Wären die Wohnungen billiger**, dann würde die Ueberfüllung von selbst abnehmen — z. B. würden zahllose Schlafgänger sich eigene Stuben mieten — und ein großer Teil der jetzt leerstehenden Wohnungen würde vermietet werden. Alles drängt sich also um die Frage zusammen: wieso halten die Hausbesitzer, trotz der Kalamität so vieler leer stehender Wohnungen, an den hohen Mietspreisen fest, und wieso werden sogar noch fortwährend neue Häuser mit ebenso kolossal teuren Wohnungen gebaut?

(Schluß folgt.)

Politische Übersicht.

Dreiklassenhausschluß.

Am 9. Juni ist die Frühjahrstagung der preußischen „Volksvertretung" zu Ende gegangen, in der die viel gerühmte preußische Eigenart ihren Höhepunkt in der **Hinausschleppung wirklicher Volksvertreter durch Polizeifäuste** erreicht hat. Die Schlußsitzung war denn auch ein recht würdiges Nachspiel zum ganzen Verlauf dieser Sitzungsreihe. Brachte es doch der freikonservative Führer Oktavio v. **Zedlitz** fertig, einen Antrag auf Gewährung von Umzugskostenentschädigung an die Lehrer auch **mit den antisozialdemokratischen Reden auf dem Berliner Lehrerkongreß zu begründen**, also als eine Belohnung der reaktionären Gesinnung hinzustellen. Genosse Dr. **Liebknecht** geißelte dieses Vorgehen als einen Gipfel politischer Unmoralität und der nationale Vizepräsident Dr. **Krause** erteilte ihm dafür nicht weniger als vier Ordnungsrufe. Dafür ließ er Zedlitz ungeniert behaupten, daß Liebknecht den Lehrern ihre Standesehre abgesprochen habe, während die Brandmarkung dieser Behauptung als eine bewußte Lüge abermals mit einem Ordnungsruf unterstrichen wurde. Die vom Herrenhaus abgeänderte, d. h. entsprechend der Regierungsvorlage gestaltete Fassung des **Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung** betreffend die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde von den beiden Junkerparteien zuerst abgelehnt, weil sie den Berufsgenossenschaften nicht die Freiheit lassen wollen, den Maßstab für die Beitragsvorschreibung selbst zu wählen und eventuell auch die Grundsteuer als Maßstab zu nehmen. Als aber das Herrenhaus auf der ursprünglichen Regierungsvorlage bestand, gab schließlich auch die Rechte des Dreiklassenhauses nach, was die Herren sehr heiter stimmte. Wenn nämlich schon einmal ein Konflikt zwischen der Dreiklassenmehrheit und dem Herrenhaus entsteht, dann ist bezeichnenderweise meistenteils die Herrenhausmehrheit noch mehr modern und einsichtig, als die der zweiten Kammer! Im übrigen beschäftigte sich das Dreiklassenhaus in seiner letzten Sitzung nur noch mit **Petitionen**, wobei Genosse **Ströbel** zu den Försterpetitionen die Neuaufrollung der Besoldungsfrage im Gegensatz zu dem Landwirtschaftsminister wünschte, der übrigens den Förstern so ganz nebenbei das Koalitionsrecht abzusprechen versuchte. Eine Eingabe gegen das Animierkneipenwesen gab dem Genossen **Hoffmann** Gelegenheit, auf die sozialen Ursachen der Prostitution, auf das Elend zahlloser Arbeiterinnen aufmerksam zu machen. Zu einer Eingabe wegen Inkraftsetzung des Gesetzes gegen den Bauschwindel sprach auch Genosse **Borchardt**, der darauf hinwies, daß die Ursache der Mißstände unter anderem an der Mittellosigkeit der Bauunternehmer in der Herabwürdigung des Baugeschäftes zur Spekulation liege, woraus sich das schlechte und lotterhafte Bauen in Berlin und anderen Großstädten ergebe.

Im **Herrenhause** fand nur der Antrag auf Ausdehnung der Jagdordnung auf die Provinz Hannover liebevolle Beratung. Dann verlas der Landwirtschaftsminister hier, wie er bereits im anderen Hause getan hatte, die **Vertagungsordre**. — Am 22. Oktober darf sich das preußische Volk wieder an dem beglückenden Anblick seiner Dreiklassenvertretung weiden.

*

Was dieses Parlament an **positiver** Arbeit leistet, das kommt tatsächlich auf die **Entrechtung** entweder des gesamten Volkes oder bestimmter Teile des Volkes hinaus. So war es in Preußen von jeher und so war es auch in dem hinter uns liegenden Sessionsabschnitte. Eigentlich sind es nur zwei Gesetze von Bedeutung, die in dieser Zeit zustande gekommen sind: das Ausführungsgesetz zum **Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz**, und das **Gesetz über die Stärkung des Deutschtums** in einigen Landesteilen, das sogenannte **Besitzbefestigungsgesetz**. Beiden Gesetzen ist gemeinsam ihre reaktionäre Tendenz, beiden gemeinsam ist auch die — gelinde gesagt — leichtfertige Art, mit der die gesetzgebenden Körperschaften Preußens sich über die Reichsgesetze und die preußische Verfassung hinwegsetzen. Die Materie, die das Ausführungsgesetz zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz regelt, ist ausdrücklich der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Das hat die Regierung früher selbst anerkannt. Und das Besitzbefestigungsgesetz ist unvereinbar mit einem der fundamentalsten Grundsätze der Verfassung; es bedeutet ein **Ausnahmegesetz gegen unsere polnischen und dänischen Mitbürger**, die dadurch zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert werden. Daß das Gesetz nur ein Glied in der Kette der gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze bildet, macht es nicht schmackhafter.

Die beiden größten Vorlagen, die die Regierung dem Landtage unterbreitet hat: der Entwurf eines **Wassergesetzes** und die Novelle zum **Einkommen- und Ergänzungssteuergesetz**, sind bisher noch nicht einmal in den Kommissionen erledigt. Ihre Verabschiedung ist bis auf den Herbst hinausgezogen. Für die Arbeiterklasse haben diese Gesetze wenig Interesse, insbesondere sind die Verbesserungen, die in den Steuergesetzen vorgenommen werden sollen, so geringfügig, daß sie sich in der Praxis kaum bemerkbar machen werden. Von Steuererleichterungen für die Minderbemittelten hat man Abstand genommen; ja, man will indirekt durch die geplante Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine sogar einen Schlag gegen die Arbeiterklasse führen. Selbst mit steuertechnischen Gesetzen sucht man politische Ziele, in diesem Falle eine Schädigung der Arbeiterkonsumvereine, im vermeintlichen Interesse des Mittelstandes, zu verquicken.

Wie kommt es, daß das preußische Dreiklassenparlament so wenig positive Arbeit leistet? An Qualität steht es aber anderen Parlamenten weit nach. Das hindert freilich die Mehrheitsparteien nicht, bei jeder passenden Gelegenheit ein Loblied auf sich selbst anzustimmen. Wenn niemand seinen Ruhm preist, dann muß eben das Junkerparlament selbst sein Verdienst in die Welt hinaus-

posaunen. Ob es beim Volke Glauben findet, ist eine andere Frage. Gar zu gern möchten die Machthaber Preußens den Eindruck erwecken, als ob die Sozialdemokraten es sind, die ihnen ihre Arbeit erschweren. Nichts ist falscher als das. Bevor die Sozialdemokraten ihren Einzug in die heiligen Hallen dieses sogenannten Volkshauses hielten, war es um keinen Deut besser. Nicht etwa, daß die Mehrheitsparteien faul sind, sie arbeiten, soweit sie überhaupt tätig sind, sogar sehr fleißig, aber nicht zum Wohle des Volkes, sondern in Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen. Wenn ihr Profit auf dem Spiele steht, dann scheuen sich sogar diejenigen Mitglieder, die sich sonst niemals im Hause sehen lassen, nicht, von ihren ostelbischen Gütern herbeizueilen und auch einmal den Volksvertreter zu markieren.

Daß in diesem Parlament so wenig fruchtbare Arbeit geleistet wird, ist kein Zufall, sondern die naturnotwendige Begleiterscheinung des elenden Dreiklassenwahlsystems. Nicht durch künstliche Mittel, etwa durch eine andere Regelung des Systems der Diäten und der Freifahrtkarten, wie es jetzt geplant ist, sondern einzig und allein durch die Beseitigung der Ursachen wird man diesem Uebel begegnen können. Es gilt, die Axt an die Wurzel des Dreiklassenwahlunrechts zu legen. Davon aber will weder die Regierung noch die Mehrheit des Landtages etwas wissen. Mit Mühe und Not ist es ja gelungen, die Wahlrechtsanträge noch kurz vor Toresschluß auf die Tagesordnung zu setzen, aber die Art, wie diese wichtige Frage, ja, man darf wohl sagen, die wichtigste deutsche Frage, behandelt wurde, ist geradezu eine **Verhöhnung, eine dreiste Herausforderung des Volkes. Die Regierung hielt sich demonstrativ von der Sitzung fern,** ein Antrag, die verantwortlichen Minister, wie es nach der Verfassung zulässig ist, herbeizuholen, wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatten die Wahlrechtsanträge selbst. Daß für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen keine Mehrheit vorhanden ist, war bekannt, die Herren wollen den Ast, auf dem sie sitzen, nicht absägen. Aber, daß sogar die geheime und direkte Wahl abgelehnt wurde, das ist ein Skandal sondergleichen, um so mehr, da dies Votum nur durch die verräterische Abkommandierungstaktik des Zentrums herbeigeführt wurde.

Das Zentrum hat sich, wie bei allen Fragen — abgesehen von der Polenpolitik —, während der ganzen Session als Schutztruppe der Konservativen gefühlt. Der schwarzblaue Block, der im Reichstage glücklich vernichtet ist, lebt im preußischen Landtage fort. Das preußische Volk hat weiter das Joch zu tragen, das das deutsche Volk erfreulicherweise von sich abgeschüttelt hat. Vertreter einer kleinen Minderheit des Volkes verfügen im Dreiklassenhause über eine Zweidrittelmehrheit und wagen es, dem Volke das nichts von ihnen wissen will, den Fuß in den Nacken zu setzen und gegen die w[e]nigen wirklichen Vertreter des Volkes Polizei und Staatsanwalt mobil zu machen. So sehr hat noch niemals ein Parlament sich selbst geschändet, so wenig Achtung vor dem Parlamentarismus hat noch niemals eine Volksvertretung an den Tag gelegt, wie dies Junker- und Pfaffenparlament durch seine Billigung der polizeilichen Ausweisung eines Sozialdemokraten und durch seine Zustimmung zur Einleitung des Ermittelungsverfahrens gegen mißliebige Abgeordnete.

So unerfreulich und bedauerlich diese Tatsache ist, vielleicht ist dies Heldenstück die beste Leistung des Abgeordnetenhauses in der verflossenen Session. Mit einem Schlage ist dadurch gezeigt, wohin wir steuern. In seiner ganzen nackten Brutalität hat sich dadurch der preußische Polizeistaat enthüllt, und auch dem Blödesten werden die Augen darüber aufgehen, daß es so nicht bleiben kann.

Wie die Tyrannenmacht eine Grenze hat, so hat auch die Macht der Junker und Pfaffen eine Grenze. Das preußische Volk, dem man sein Wahlrecht vorenthalten mag, dem man, wie die wiederholten Debatten in beiden Häusern des Landtags gelehrt haben, sein Koalitionsrecht verkümmern will, wird endlich erkannt haben, wohin wir steuern, es wird der übermütigen Sippschaft energisch zurufen: Bis hierher und nicht weiter.

Nur ein Jahr trennt uns noch von den **Neuwahlen zum Landtage.** Es steht heute fest, daß sie unter dem alten Dreiklassenwahlsystem und der ungerechten Wahlkreiseinteilung vor sich gehen werden. Aber trotz dieser Schwierigkeiten wird die Sozialdemokratie weitere Erfolge erzielen, in verstärkter Zahl werden unsere Genossen ins Parlament einziehen, nicht allein dank der fortgesetzten Aufklärungsarbeit der Partei und dem siegreichen Vordringen der Idee des Sozialismus, sondern auch dank der Agitation, die unsere Gegner für uns getrieben haben. Reichlichen Agitationsstoff hat uns die Landtagssession geliefert. Wir nehmen ihn dankend an, und [illegible]

Deutschland

Die Flottenhetze geht weiter.

[illegible]

Sollen wir uns beruhigen bei dem, was der Reichstag beschlossen hat? [illegible] **Auch ich bin dieser Meinung, denn Stillstand bedeutet Rückschritt!** [illegible] **Reichstag ein Gegenstück** [illegible] **Forderung der großen Kreuzer** [illegible] **Bundesratsbevollmächtigter** [illegible] **Wenn ich mich an die Stelle des Staatssekretärs des Reichsmarineamts versetze, würde ich** [illegible]

keit.) Das Erreichbare ist hinter dem Wünschenswerten zurückgeblieben. (Sehr richtig!)

Es ist wohl ein bisher einzig dastehender Vorgang, daß ein einzelstaatlicher Minister und Bundesratsvertreter, unmittelbar nachdem der Reichstag die von der Reichsregierung unter Zustimmung des Bundesrats vorgelegte Flottenvorlage **ohne jeden Abstrich** bewilligt hat, diese Vorlage in öffentlicher Versammlung als unzureichend bezeichnet und zu neuen Flottenhetzereien auffordert! Gegen einen solchen Skandal, gegen eine solche Mißachtung von Regierung und Parlament müßten, so sollte man meinen, auch die bürgerlichen Parteien entschieden Front machen. Man braucht diesen Gedanken aber nur auszusprechen, um sofort einzusehen, daß dies nicht geschehen wird. Im Gegenteil! Die Flottenschwärmer im bürgerlichen Lager werden Herrn von Borries begeistert zujubeln und seinen „Mut" rühmen, der es fertig brachte, unbekümmert um Reichstag und Bundesrat für neue Flottenforderungen Stimmung zu machen. Wir müßten nicht im Zeitalter des Imperialismus leben, um das Unglaubliche nicht Ereignis werden zu sehen.

Fleischpreise bei uns und in Dänemark.

Ueber die schier unerschwinglichen Fleischpreise bei uns braucht man nicht mehr zu reden, die fühlt jeder täglich selbst in drückendster Weise. Aber es ist angesichts der deutschen Fleischpreise interessant, was der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Leube-Altona über dänische Fleischpreise an liberale Blätter schreibt:

„Von einer Geschäftsreise heimkehrend, finde ich in den Fleischerläden der dänischen Stadt Hjörring in Jütland in den Schaufenstern Plakate hängen mit folgender Inschrift in worttreuer deutscher Uebersetzung:

Infolge der **hohen Viehpreise** und **großen Verluste bei Beschlagnahme von Kühen** sehen wir uns genötigt, vom 1. Mai d. Js. an die Fleischpreise wie folgt zu erhöhen:

Schieres Beefsteakfleisch und Ochsenzungen	65 Oere / 73	Pfg.
Hochrippe und Ochsenbraten	55 Oere / 62	Pfg.
Suppenfleisch	45—50 Oere / 56—56	Pfg.
Kalbskeulen	50 Oere / 56	Pfg.
Kalbslebern	40 Oere / 45	Pfg.
Ochsenlebern	25 Oere / 28	Pfg.

Alles per ½ Kilo oder 500 Gramm.

Hjörring, im April 1912. Sämtliche Schlachter.

Das sind also die **erhöhten Preise**, die die Fleischer unseres Nachbarstaates Dänemark zu nehmen genötigt sind, und wenn man damit die Preise vergleicht, die bei uns in Deutschland genommen werden müssen, dann hat man erst den richtigen Begriff davon, wie weit es die **agrarische Gesetzgebung** in den letzten 15 Jahren bei uns gebracht hat. Diese Preise muten fast an wie aus der Zeit vor 50 Jahren bei uns in Deutschland, während diese guten Zeiten heute noch in Dänemark, also eben vor unserer Türe, gelten, und zwar in einem Lande, in dem der Bauernstand auf mindestens eben so hoher Stufe steht, wie bei uns in Deutschland, wo aber durch eine vernünftige Agrar-Gesetzgebung Produzent und Konsument auf ihre Kosten kommen."

Kirchenstaat Bayern.

Wie die Mannheimer Volksstimme mitteilt, hat das Amtsgericht Lachen einer Mutter das Recht auf Erziehung ihres vorehelichen Kindes verweigert, weil die Frau (eine Katholikin) einen geschiedenen Mann geheiratet hat. Denn, wie der famose Entscheid des königlichen Oberamtsrichters Kreichgauer sagt, ist die gesetzlich gültige Ehe der Kindesmutter nach den durch Paragraph 1588 des Bürgerlichen Gesetzbuches gedeckten kirchlichen Anschauungen des Vormundes ein Konkubinat und ehebrecherisches Verhältnis, weshalb Vormund im Zusammenhang mit früher geltend gemachten Bedenken auf Zurückführung des Kindes besteht. Der Herr Oberamtsrichter bezeichnet also eine rechtmäßige Ehe als Konkubinat und ehebrecherisches Verhältnis, und glaubt sich dazu berechtigt, weil der Paragraph 1588 des Bürgerlichen Gesetzbuches die schöne Bestimmung enthält:

„Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden durch die Vorschriften dieses Abschnittes (über die bürgerliche Ehe) nicht berührt."

Daß die Nichterfüllung der „kirchlichen Verpflichtungen" die bürgerlichen Rechte nicht beeinträchtigen kann und namentlich weder Vormund noch Gericht berechtigen, einer Mutter ihr Kind zu entziehen, das ist dem Herrn Oberamtsrichter, der famos in die Aera Hertling paßt, entgangen, wird ihm aber hoffentlich von der höheren Instanz noch begreiflich gemacht. Der unglaubliche Entscheid zeigt, wie sehr recht die Sozialdemokratie hatte, als sie sich seinerzeit bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches der Einfügung des oben zitierten Absatzes zum Paragraphen 1588 widersetzte, der mit dem Recht nichts zu tun hat, aber, wie das Beispiel zeigt, zu schlimmem Mißbrauch den Vormund leiten.

Bundesrats-Makulatur.

Zu den vom Bundesrat **abgelehnten Resolutionen des Reichstages** gehören unter anderem die Forderungen einer dringend notwendigen Reform des militärischen Beschwerderechts und des [illegible] Verfahrens gegen Offiziere. Es handelt sich dabei um Resolutionen, die bis zum Jahre 1905 zurückliegen und immer wieder erneuert wurden. [illegible]

[illegible]

Der Sprachenparagraph in Wirksamkeit. [illegible] **Ströbel** [illegible] **Borchardt** [illegible]

Polen die Marseillaise in **polnischer Sprache** sangen, löste der überwachende Polizeileutnant die Versammlung wegen Vergehens gegen den Paragraph 12 des Vereinsgesetzes auf. Der preußische Staat ist wieder einmal vor der „Polengefahr" gerettet!

Wie sich die Konservativen eine preußische Wahlreform denken. Das Juniheft der **Konservativen Monatsschrift** sagt zu der Ablehnung der Wahlrechtsanträge im preußischen Abgeordnetenhause:

„Es steht fest, daß die Konservativen zu gegebener Zeit an einer verständigen Reform des preußischen Wahlrechts mitarbeiten werden. Es steht aber ebenso fest, daß inmitten der allgemeinen Demokratisierung im Reich mit ihren bedenklichen Begleiterscheinungen der Staat Preußen Experimente an seiner Verfassung in demokratischer Richtung nicht unternehmen darf, weniger seinetwegen, als in Rücksicht auf das Reich. Eine Zeit, in der 4½ Millionen Deutscher der Partei ihre Stimmen leihen, die durch die Herren **Scheidemann** und **Ledebour** Preußen in der rüdesten Weise beschimpfen ließ, die die Aufführung **Borchardts** und seiner Freunde im Abgeordnetenhause guthieß, eine Zeit, in der die Sozialdemokraten selbst zugeben, daß der bestehende Staat Preußen ihr gefährlichster und unüberwindlicher Gegner ist, — eine solche Zeit ist nicht dazu angetan, in den Mauern der preußischen Feste Bresche zu legen, damit Demokraten und Sozialisten ihren Einzug in das alte feste Haus halten, um von innen her zu zerstören, was sie von außen her nicht zu demolieren vermochten. Wie die Zeit beschaffen ist, ist das vielgeschmähte preußische Wahlrecht der letzte sichere Schutz, den es im Deutschen Reich gegen die Sozialdemokratie gibt. Auf eine Schutzwehr verzichtet man verständigerweise erst, wenn die Gefahr behoben ist. Und das ist gegenwärtig nicht der Fall!"

Die Konservativen werden bald erleben, daß auch das preußische Wahlrecht keinen sicheren Schutz mehr vor der Sozialdemokratie bietet. Man kann im Notfall verhindern, daß sozialdemokratische Abgeordnete in größerer Zahl in den Landtag einziehen, man kann aber **nicht verhindern,** daß trotz dieses Wahlrechts und insbesondere auch wegen dieses Wahlrechts **hunderttausende neue Sozialdemokraten im Volke erstehen,** vor deren Übermacht diese letzte Schutzwehr zusammenbrechen wird, ob es die Konservativen wollen oder nicht.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ungarn nach dem parlamentarischen Staatsstreich.

Aus Budapest wird gemeldet:

Am Montag vormittag zogen die oppositionellen Abgeordneten wieder in den Reichstag. Sie verhielten sich ruhig. Kurz vor 10½ Uhr erschien der Polizeiinspektor und wollte die ausgeschlossenen 62 Abgeordneten aus dem Saale weisen. Als kein einziger der Aufforderung folgte, wurde jeder einzelne Abgeordnete, auch der Führer Justh, von den Polizisten gefaßt und hinausgeschleppt. Dann änderte sich die Situation. An den früheren Tagen ließ man die ausgeschlossenen Abgeordneten ruhig in den Gängen stehen. Am Montag aber war in den Gängen eine große Polizeimacht postiert, und die Ausgeschlossenen wurden von dem Polizeiinspektor **aus dem Hause** gewiesen. Die Abgeordneten protestierten dagegen, und nun wiederholte sich die vorige Szene auch auf den Gängen. Jeder einzelne Abgeordnete wurde von den Polizisten aus dem Hause gestoßen.

Die Aufregung unter der **Arbeiterschaft** ist sehr groß, da die Abonnenten keine Zeitungen erhalten. Die Polizei konfisziert die Zeitungen auch auf den Bahnhöfen, in den Kaffeehäusern und erdreistet sich sogar, in Privathäusern einzelne Exemplare wegzunehmen. Nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in andern linksstehenden Parteien befürchtet man in den nächsten Tagen in den Provinzstädten Ausbrüche des Volksunwillens. Sämtliche Versammlungen wurden verboten.

Das Befinden des Abgeordneten Julius **Kopacz** hat sich gebessert; er ist bereits außer Gefahr.

Die Regierung beabsichtigt, noch Rekruten zu konsignieren und den Reichstag zu vertagen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Wiener Kreise mit dem Vorgehen Tiszas einverstanden sind.

Am Montag gab der Oberstadthauptmann einen Bericht über die Vorgänge am 23. und 24. Mai in Budapest. Laut dieser Meldung wurden im ganzen **fünf Personen** totgeschossen, 161 verwundet, 594 der Staatsanwaltschaft übergeben und 800 polizeilich abgeurteilt. Die Zahl der wegen Aufruhrs bei der Staatsanwaltschaft Angeklagten (Gefangenen) ist bis auf 61 Personen zurückgegangen.

Die Lage in Ungarn ist äußerst kritisch geworden. **In der Provinz ist förmliche Revolution ausgebrochen.** In **Großwardein**, einer Stadt von 80 000 Einwohnern, ist der Generalstreik erklärt. Sämtliche Geschäfte sind geschlossen, die Straßen sind mit Militär besetzt. Die Arbeiter wollen dem Ruf der Führer, die sie zur Arbeit zurückführen wollen, nicht folgen. Das Bürgertum verbrüdert sich mit den Arbeitern. Die Aufregung ist eine riesige. Montag abend zogen die Arbeitermassen durch die Straßen, demolierten ein Schloß und schlugen die Scheiben der öffentlichen Gebäude ein. Das Militär schritt ein, und es entwickelte sich eine wahre Straßenschlacht. In **Kaschau**, **Gollrow** und **Klausenburg** ist die Revolution auch im Gange. Ueberall stehen sich die Volksmassen und die bewaffnete Macht entgegen. Wie eine Nachricht aus Oesterreich besagt, soll auch Militär aus Oesterreich nach Ungarn geholt werden.

In Budapest hat sich die Sachlage noch nicht verändert. Die gesamte Opposition steht vor dem Reichstagsgebäude. Ein dreifacher Kordon Militär zu Fuß und zu Pferd umgibt das Reichstagsgebäude, die Opposition wird nicht hineingelassen.

Frankreich.

Die französische Wahlreform

Die Regierungsvorlage zur Wahlreform ist nunmehr der Kommission zugegangen. Sie ist klar und einfach. Danach werden die Abgeordneten nach der Listenwahl mit Vertretung der Minderheiten gewählt. Die Wahlkreise werden durch ein oder mehrere Departements gebildet, nach einer dem Gesetz angehängten Tabelle. Das Seinedepartement allein wird geteilt. Die Tabelle ist noch nicht veröffentlicht, doch ist bekannt, daß kein Wahlkreis weniger als drei Mandate enthalten soll. Auf je 70 000 Einwohner französischer Nationalität und jede überschüssige Einwohnerzahl von mindestens 20 000, kommt ein Abgeordneter. Die einem Kandidaten gegebene Stimme wird zugleich der Liste, auf der er steht, zugerechnet. Ein nicht voll beschriebener Stimmzettel wird der Liste als **voll** angerechnet. Stimmzettel, die Namen von mehreren Listen enthalten, sind **ungültig**. Die Verteilung der Mandate erfolgt auf Grund der abgegebenen Stimmen nach dem Wahlquotienten. Die dann noch etwa verbleibenden Mandate fallen der Liste zu, die die **größte Stimmenzahl** auf sich vereinigt hat. Diese Bestimmung beraubt zwar die Vorlage ihres reinen Proportionalcharakters, weil sie der starken Parteien eine Prämie sichert, verliert jedoch infolge der Untersagung der Listenverbindung und der Ausdehnung der Wahlkreise an Bedeutung.

Mittelamerika.

Uncle Sam bekommt ebenfalls Appetit.

Vor mehreren Jahren entrissen die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Spaniern die letzten Reste ihres überseeischen Ko-

lonialbesitzes. Während aber die Union sich die Inselgruppe der Philippinen direkt einverleibte, erhob sie Kuba, die Perle der Antillen zu einer Republik. Selbstverständlich war die „Republik Kuba“ politisch ein Vasall der Vereinigten Staaten und wirtschaftlich noch mehr von ihnen abhängig. Zur Zeit, wo die europäischen Großmächte einen so ausgesprochenen Appetit nach fremdem Besitztum zeigen, ist es nur zu natürlich, daß auch Uncle Sam sich „abrunden“ will. Er rüstet sich, um die Republik Kuba endgültig zu verspeisen. Den Vorwand muß eine auf Kuba ausgebrochene Negerempörung abgeben. Durch diese sind die Interessen der amerikanischen Kapitalisten gefährdet und daher treffen die Vereinigten Staaten Vorkehrungen zu einer Intervention auf Kuba. Der Generalstab der Armee hat Befehl erhalten zur Vorbereitung einer Expedition von 5000 Mann. Vier große Transport-Dampfer, die augenblicklich in Newport liegen, haben die Weisung erhalten, sich in Dienst zu stellen. Auch an verschiedene Truppenteile in den Staaten Neuyork und Georgia ist Befehl ergangen, sich bereit zu halten. Die Truppen werden wahrscheinlich nach dem Osten von Kuba gehen. Es wird wahrscheinlich eine Woche dauern, ehe die letzten Truppen eingeschifft sein werden. Artillerie wird später folgen.

Bei dem Bergwerk von El Cueda sind 50 und bei Punta del Sal 60 Mann amerikanische Marinetruppen gelandet. Die Garnisonen sollen sobald als möglich verstärkt werden. — Nach einem Telegramm aus Havanna wurde Juan Ducassi, ein Negergeneral des Revolutionskrieges, wegen Unterstützung der gegenwärtigen Insurrektion verhaftet. Ebenso wurde der Führer der Negerpartei, Galvez, in Pinar del Rio verhaftet.

Kleine politische Nachrichten.

Drakonische Strafe. Ein Arzt in Pfakofen (Oberpfalz), dem der Postbote zwei Pakete ins Haus brachte, trennte von den Begleitadressen die Marken ab, um sie seiner Sammlung einzuverleiben. Als ihn der Postbote darauf aufmerksam machte, daß dies unzulässig sei, weil die Adressen mit den Marken (der Kontrolle wegen) Eigentum der Post bleiben müssen, bemerkte der Arzt leichthin, er wolle doch sehen, ob die Sache wirklich so schlimm sei. Jetzt hat er's gesehen: die Strafkammer des Landgerichts Regensburg hat ihn nämlich wegen „Vergehens wider die öffentliche Ordnung“ zu drei Monaten und einem Tage Gefängnis (!) verknurrt, wobei noch das Mindeststrafmaß angewendet wurde.

Breslaus neuer Oberbürgermeister. Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau hat mit 62 von 63 abgegebenen Stimmen den zweiten Bürgermeister von Charlottenburg, Matting, zum ersten Bürgermeister gewählt.

Bürgermeister Dr. Roth in Burgstädt ist aus der freisinnigen Fraktion des sächsischen Landtages ausgeschieden. — Roth hatte einen Konflikt mit der Regierung, weil er nicht als Bürgermeister von Zwickau bestätigt worden war.

Aus Westpreußen.

Parteisekretariat.

Genosse Julius Gehl tritt sein Amt als Parteisekretär für Westpreußen in den ersten Tagen des Monats Juli an. Bis dahin sind alle Zuschriften die Sozialdemokratie Westpreußens betreffend, an folgende Adresse zu richten: Eugen Sellin Danzig, Schüsseldamm 56.

Der Provinzvorstand.

Danzig.

Blumenrummel, Polizei und Arbeiterschaft.

Zum zweiten Male durchflutete rosiger Blütenzauber unseres Danzigs alte Gassen. Unter dem Protektorat unserer hochsinnigen Kronprinzessin erweckte werktätige Nächstenliebe die Herzen von Hoch und Niedrig zum Wohle der Schwächsten und Aermsten, der Kinder der Enterbten. Königin Sonne streute segnend ihre Strahlen in blendender Fülle über das sinnige Hochfest menschenbrüderlicher Harmonie, das alle Klüfte überbrückte und die Klassengrenzen segenspendend niederwarf . . .

So und ähnlich mußte nach dem Blumenrummel vom 10. Juni die geschminkte Lüge bürgerlicher Schmocks die Druckerschwärze malträtieren. Wer den Reklameschwindel auch nur noch zum tausendsten Teile glaubte, den hat unsere brave Polizei am Abend des großen Jubeltages gründlich kuriert.

Unsern Lesern und Genossen konnte der 10. Juni keine Enttäuschung bringen. Sie wußten, daß hinter dem tollen Blumenspektakel sich nichts weniger als das Bestreben der Hafe für die Kinder der Armut versteckte. Um die bessere Gesellschaft von den unbequemen Kosten der sogenannten Wohltätigkeit zu befreien, müssen die Blumentage dazu dienen, die Armen selbst dafür tributpflichtig zu machen.

Die Ausführung dieser edlen Absicht entsprach auch ganz ihrem inneren Werte. Nicht eine Spur wärmer wirkenden Humors. Außer der gewiß ernsten Mühe vieler Verkäuferinnen gab es in dem wüsten Jahrmarktstreiben nichts, was eine würdige Idee verriet: nichts, was auch nur ein wenig mit der ganzen Mache hätte versöhnen können. Plump und ungeschickt fiel besten Falles aus, was witzig sein sollte. Nur zu oft paarten sich Roheit und Geschmacklosigkeit. Eine Szene auf einem Kientopp-Wagen schien zur unfreiwilligen Verhöhnung des Hexensabbaths bestimmt zu sein. Auf dem Dache des Möbelwagens saßen nach der Rückseite zwei verkleidete Studenten. Einer stellte eine Frau in grauem Haar dar, die einen Säugling im Steckkissen im Arm hatte. Der zweite sollte ihren sehr jugendlichen — Liebhaber darstellen. Er poussierte die Frau, die nach der Maske seine Großmutter sein konnte, und soff dazu abwechselnd mit ihr fast ohne Unterbrechung Bier. So würdelos wurde zum Besten des heilbringenden Blumensegens das Heiligtum jedes Volkes: Mutter und Kind durch gebildet sein wollende Akademiker verhöhnt. Wie sollen aber auch gewisse Helden der alkoholischen Schwetzer Wahlorgien dafür ein Gefühl besitzen, mit welchen Empfindungen denkende Arbeiter diesen Skandal betrachten mußten.

Es gab nur eines, was am 10. Juni auch auf die klassenbewußte Arbeiterschaft, wenn auch nicht angenehm, so doch wenigstens lehrreich, wirkte. Die gesamte polizeiliche Bevormundung, die sonst in Preußen zur Aufrechterhaltung der sogenannten Ordnung unbedingt notwendig scheint, war vollständig, wenigstens für die Blumenbrüder, aufgehoben. Es gab kein Bettelverbot und keine Straßenverkehrsordnung. Es gab keine mehr oder minder schneidige Aufforderung zum Weitergehen. Jeder Unfug, jeder Auflauf, jede noch so kompakte Verkehrsstörung war den Blumenhelden straflos erlaubt. Mitten auf den Fußwegen der Grünen Brücke hatten sich zwei altertümlich Kostümierte plaziert und plünderten vorwiegend ahnungslose Mädchen um Brückenzoll. Mitten in den Durchgängen des Langgasser Tores machten sich ebenfalls kostümierte Torwächter breit und kassierten mit Hilfe eines an langer Stange befestigten Klingelbeutels Passagegeld. Der ganze Hansaplatz, der einzige größere Spielplatz für die Kinder der Altstadt, war durch starke Eisendrähte gesperrt. An zwei Zugängen hatten sich Studenten mit Sammelbüchsen postiert. Sie verweigerten auch uns das Betreten des Platzes mit der Erklärung, daß es polizeilich verboten sei, wenn wir nicht 10 Pfennige zahlten. Auf dem Platz war eine imitierte Hagenbeckische Tierschau zu sehen. Wir lehnten es selbstverständlich ab, uns unbefugt am Betreten eines öffentlichen städtischen Platzes hindern zu lassen. Der Student am anderen Eingang hatte einen Zusammenstoß mit Arbeitern, die sich nicht daran hindern lassen wollten, in ihrer Mittagspause den gewohnten kürzeren Weg über den Platz zu nehmen. Auf dem Platze mußten sich in der drückenden Mittagshitze Soldaten (!) des 128. Infanterie-Regiments in Tierfellen vermummt herumplagen. Die Herren Studenten waren so großmütig gewesen, sich als Tierführer zu betätigen. Am Nachmittag wurde dieser Rummel auf der Jäschkentaler Wiese fortgesetzt, die ebenfalls der öffentlichen Benutzung gesperrt war.

Die polizeiliche Weitherzigkeit hatte auch keine schlimmen Folgen. Zwar bestand mehrfach die Gefahr, arg ins Gedränge zu kommen. Das Publikum wußte sich aber auch ohne polizeiliche Schutzheilige sehr gut zu helfen. Und deshalb schien wohl die Polizei ihr Renommee zu sehr bedroht zu sehen. Oder aber, sie fühlte sich gedrängt, wieder die nüchterne preußische Wirklichkeit zur Geltung zu bringen.

Bald nach 7 Uhr abends machten sich auf dem Langenmarkt auffällig starke Ansammlungen von Polizisten, Kommissaren und der hier total unerkenntlichen Geheimen bemerkbar. Schließlich tanzten sogar zwei berittene Polizisten mit ihren Gäulen zwischen den Blumendamen vor dem Artushof umher. Das ganze Arrangement erinnerte lebhaft an die polizeilichen Einleitungen unserer Wahlrechtsdemonstrationen.

Natürlich verhielten sich die anwesenden Arbeiter, die das Protestabzeichen trugen, ganz ruhig in dem sie umbrandenden Radau der Blumenleute. Auf diese richtete sich die polizeiliche Aufmerksamkeit aber wunderbarer Weise nicht. Um so mehr und schneidiger wendete sie sich gegen die in kühler Ruhe von ihrem Straßenrecht Gebrauch machenden Arbeiter. Und zwar beliebte die Polizei eines ganz neuen Verhaltens, mit dem besonders Genosse Bartel Bekanntschaft machen mußte. Er sprach in der Nähe des Artushofes mit zwei Arbeitern. Plötzlich drängten sich etwa vier Polizisten hinter einander so nahe an ihn vorbei, daß er seine Füße nur mit äußerster Mühe vor ihren Tritten schützen konnte. Er verbat sich, daß ihm auf die Füße getreten werde. Darauf drängte der Polizeikommissar Witt so dicht auf Bartel ein, daß er ihn stark mit seinem Leibe berührte und rief ihm, und zwar mit nach der Seite abgewendetem Gesicht, zu: Schreien Sie doch nicht so! Hinter Bartel stellte sich ein kräftiger Geheimer, um ihn eine Anzahl Behelmter, so daß es eine Weile schien, als wenn er in polizeilichem Gleitflug aus dem Blumenzauber transportiert werden sollte. So mußte sich ein Mann behandeln lassen, der es an Bildung ganz gewiß mit manchem Polizeikommissar aufnimmt. Der Kommissar Witt ist zudem Guttempler und nennt sich mit den Arbeitern, die sich in die Loge verirren, sogar Bruder!

Nach dieser Szene kann man sich vorstellen, wie das andern Arbeitern erging. Auf der Terrasse des Artushofes saß auch der Polizeipräsident Wessel und trank in der dort etablierten holländischen Kaffeeschänke mit andern Menschenfreunden fürs Wohl armer Kinder Kaffee. Dicht davor charakterisierte ein Arbeiter ungewollt die ganze Wohltäterei, als er einem Schutzmann zurufen mußte: „Treten Sie mir nicht die Füße ab! Ich brauche sie, um morgen zur Arbeit zu gehen, damit meine Kinder Brot haben!“ Gegen ½8 Uhr ließ Witt plötzlich das Trottoir vor der Wohltätigkeitsschänke von allen „räumen“, die das Protestabzeichen trugen. Den Blumenleuten blieb die Straße nach wie vor zu jedem Hokuspokus frei. Das polizeiliche Preußenrecht wurde nur den Arbeitern eingebläut, welche die ihnen durch den Rummel zugefügte Beleidigung als kränkende Entwürdigung empfanden und es ablehnten, ihre sauer verdienten Groschen „freiwillig“ für die Bourgeois zu opfern. Das Auftreten und Vorgehen der Polizei verursachte natürlich Aufsehen und manche bittere Bemerkung. Wir sahen Leute, die nichts von Arbeiter an sich hatten, und empört die Blume, die sie trugen, zerrissen fortwarfen. Es waren keine Schmeicheleien, die dabei über diese polizeiliche Hilfe für den Blumentribut fielen.

Den bedrängten Arbeitern blieb nichts anderes übrig, als vor den Polizeipferden in einem sich spontan bildenden Zuge durch die Langgasse abzuziehen. Und recht stattlich machte sich diese von der Polizei veranlaßte Demonstration. Von einem Berittenen gefolgt, zog die Menge über den Kohlenmarkt, Holzmarkt und Elisabethwall, über diesen zurück zum Dominikswall und Heumarkt. Dort folgte nach einem kraftvollen Hoch auf die Sozialdemokratie die Auflösung. Kaum war das Hoch ertönt, als im Laufschritt ganze Haufen Polizisten, teilweise mit dem Sturmriemen unter dem Kinn, heranstürmten. Vor der Hauptwache am Kaiser Wilhelm-Denkmal hielt Polizeiinspektor v. Saucken mit mehreren Kommissaren und ließ den Platz wieder nur von Arbeitern mit Hilfe eines Berittenen säubern. Die Teilnehmer des Zuges waren aber nicht mehr zu bekommen. Es war auch hier ein Bild von packender Wirkung zur Illustration preußischer Polizeigleichheit. Mitten in der Allee am Dominikswall war ein sogenannter indischer Tempel gebaut. Dicht gedrängt standen auf diesem öffentlichen Wege die Blumenwohltäter. Ganz kurz vorher hatte die Kronprinzessin die Wohltätigkeitsarrangements im Danziger Hof verlassen. Und nun galoppierte in nächster Nähe ein berittener Polizist mit Hilfe eines Dutzend seiner Kollegen zu Fuß gegen die Arbeiter, für die angeblich die Heckenrose geschwungen wurde. Als diese nicht mehr zu haben waren, wurde zur größeren Sicherheit und zur Beobachtung eine Anzahl Polizisten hinter das Pissoir auf dem Heumarkt plaziert! Gegen 9 Uhr verboten Polizeibeamte einer Anzahl Arbeiter das Betreten des Langenmarktes. Noch gegen ¼10 Uhr sahen wir, wie etwa vier Schutzleute eine Gruppe von Arbeitern bis auf die Langebrücke trieben. Unbeteiligte Zuschauer machten hierbei kritische Bemerkungen über gleiches Recht und polizeilich geförderte Freiwilligkeit der Blumensteuer.

Sehr wahrscheinlich werden diese Vorgänge noch eine gerichtliche Fortsetzung erhalten. Auf dem Langenmarkt wurde ein Arbeiter sistiert, weil er empört gesagt haben soll: Wir sind doch nicht in Sibirien. In der Nähe des Danziger Hofes erfolgten noch zwei Sistierungen, deren nähere Ursache wir nicht wissen.

Hierbei möchten wir daran erinnern, daß gelegentlich des vorjährigen Blumenrummels Genosse Jango von dem Polizeikommissar Günther der Leitung eines Aufzuges beschuldigt wurde. Es erfolgte auch seine Sistierung. Gerichtliche Folgen hatte das polizeiliche Einschreiten indes nicht.

Die Danziger Zeitung verrät in der Abend-Ausgabe vom 11. Juni, wie polizeilich unabhängig ihr Freisinn ist. Zwar muß selbst sie bestätigen, daß nur auf die Träger des Protestschildes Jagd gemacht wurde. Dann behauptet sie, daß die Polizei von der Absicht der Sozialdemokratie, um 7 Uhr eine große Demonstration zu beginnen, Kenntnis erhielt. Sie habe aber die an verschiedenen Stellen der Stadt versuchten Gruppierungen verhindert. Gegen 9 Uhr hätten sich etwa 100 Sozialdemokraten auf dem Heumarkt zusammengefunden, seien aber von der berittenen Schutzmannschaft bald und endgültig zerstreut. Diese buchhölzernen Halluzinationen sind zu schön, als daß wir sie zerstören sollten. Wir nehmen deshalb nur mit großer Genugtuung von der Tatsache Notiz, daß das freisinnige Blatt kein einziges Wort gegen dieses polizeiliche Vorgehen gegen die Arbeiter an einem Tage, an dem für alle anderen Leute auf den Straßen Vogelfreiheit herrschte, zu sagen hat! Man nennt so etwas eben liberale Charakterfestigkeit.

Die Neuesten Nachrichten empfinden wenigstens einige Scham über den krassen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis des Blumentages. Sie unterschlagen deshalb ihren Lesern die polizeilichen Operationen und ihre Wirkung vollständig.

Wie weit geht die Haftpflicht der Post?

Mit dieser Frage hatte sich vor kurzer Zeit die Petitionskommission des Deutschen Reichstags zu beschäftigen. Ihr lag eine Petition zur Beschlußfassung vor, in der der Absender um Schadenersatz bat. Der Petent hat am 24. März 1911 mit Postanweisung 150 Mark an einen Gläubiger zur Zahlung einer Schuld gesandt. Diese Postanweisung ging verloren und wurde daher das Geld von der Post nicht ausgezahlt. Nun verklagte der Gläubiger den Petenten am 31. März. Am 11. April war Gerichtstermin, der Schuldner wurde verurteilt, den Betrag von 150 Mark und an Zinsen und Kosten 28,23 Mark zu zahlen. Wegen des Ersatzes verwies der Amtsrichter ihn an die Postverwaltung. Auf Anfrage erhielt der Petent vom 12. April vom Postdirektor den Bescheid, daß die Prüfungsgeschäfte der Bezirksrechnungsstelle in Potsdam am 10. Mai (!) beendet seien und es sich dann herausstellen würde, wer den Betrag in Empfang genommen habe. Erst am 20. Mai (!) wurde ihm mitgeteilt, daß die Postanweisung verloren gegangen sei; nach Ausfertigung eines neuen Postanweisungsformulars wurde dann das Geld an den Gläubiger ausgezahlt. Der Petent forderte nun, daß ihm die durch das Verschulden der Post entstandenen Kosten von 28,23 Mark zurückerstattet würden. Er hat den Instanzenweg völlig erschöpft und abschlägigen Bescheid erhalten weil

„nach Paragraph 6 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzblatt S. 347) die Postverwaltung bei Postanweisungen **nur für die eingezahlten Beträge Garantie leistet; für eine bei der Auszahlung einer Postanweisung vorgekommene Verzögerung haftet sie dagegen nicht.** Dem Antrage auf Schadenersatz läßt sich daher nicht entsprechen“.

Diesen Bescheid der Oberpostdirektion hat das Reichspostamt bestätigt.

Am 27. März 1912 verhandelte die Petitionskommission über diese Petition. In der ausgedehnten Debatte herrschte Einstimmigkeit darüber, daß formell die Postbehörde im Recht sei, daß aber der Paragraph 6 des Gesetzes über das Postwesen Härten im Gefolge habe und dringend geändert werden müsse. Zugleich wurde der Berichterstatter beauftragt, am darauffolgenden Tage beim Postetat die Sache zur Sprache zu bringen und den Wunsch der Kommission geltend zu machen. Dies ist geschehen, doch hat der Direktor im Reichspostamt erklärt, daß einer Aenderung gewichtige Bedenken entgegenstehen. Es werden jährlich über 150 Millionen Postanweisungen befördert, die als gewöhnliche Briefe von Ort zu Ort versandt werden müssen. Würden komplizierte Bestimmungen geschaffen, dann müßten die Taxen erhöht werden. Die Petitionskommission beschloß schließlich, die Petition aus Billigkeitsgründen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Sieg Danziger Arbeiter.

In der Nummer 41 vom 18. Mai berichteten wir über die Arbeitsniederlegung der Böttcher in der Faßfabrik von Jost in Neufahrwasser. Die Böttcher mußten diesen Schritt unternehmen, weil Herr Jost ihre Forderungen — Abschaffung der Akkordarbeit und Erhöhung der Wochenlöhne — entschieden ablehnte. Erfreulicherweise hat der Appell der Streikenden an ihre Berufskollegen, Danzig zu meiden, vollen Erfolg gehabt. Obwohl Herr Jost sich die redlichste Mühe gab, blieben Arbeitswillige fern und so mußte er wohl oder übel vor dem geeinten Willen seiner Arbeiter kapitulieren. Nach viermaligem Verhandeln mit der Ortsverwaltung wurde ein Tarif abgeschlossen, der im Betriebe sämtliche Akkordarbeit abschafft. Der Wochenlohn steigt von 28 auf 29 Mark im ersten Jahre und beträgt im zweiten Jahre 29,50 Mark und im dritten Jahre 30 Mark. Außerdem erfolgen einige andere Verbesserungen. Sind auch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt, so bedeutet doch der neue Tarif zweifellos einen erheblichen Fortschritt. Einen Fortschritt, der noch dadurch mehr Gewicht erlangt, daß alle Streikenden wieder eingestellt werden und Maßregelungen ausgeschlossen sind. Und der Schlüssel dieses Erfolges war die Organisation. Mögen die Kollegen dessen stets eingedenk sein.

In einem Anfalle geistiger Umnachtung versuchte ein in der Drehergasse wohnender Schneider sich das Leben zu nehmen. Er brachte sich Verletzungen mit einem Messer bei und zündete in seiner Wohnung Benzin an, nachdem er vorher eine Quantität getrunken hatte. Der Qualm des sich entwickelnden Feuers rief die Nachbarn herbei. Sie fanden den Lebensmüden bereits in bewußtlosem Zustande. Auf Anordnung des Arztes wurde der Mann, dessen Befinden bedenklich ist, nach dem städtischen Krankenhause gebracht.

Ein Pantoffelmacher, der in einem Restaurant einem Arbeiter einen Messerstich in die Brust versetzte, ohne daß der Gestochene mit ihm das Geringste vorgehabt hatte, wurde vom Schöffengericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt hatte drei Monate beantragt.

In der Danziger Aktien-Bierbrauerei verunglückte die in Neuschottland wohnende Arbeiterin Arndt. Mit einer schweren Beinverletzung mußte sie nach dem Krankenhause transportiert werden.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Danziger Viehpreise
vom 11. Juni 1912
pro 50 Kilo Lebendgewicht:

Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 00—00 Mk., junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 42—45 Mk., mäßig genährte junge, gut genährte ältere 37 bis 40 Mk., gering genährte bis 00 Mk.

Bullen: Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 45 Mk., vollfleischige jüngere 40—43 Mk., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 37—39 Mk., gering genährte bis 35 Mk.

Färsen und Kühe: Vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 45 Mk., vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 38—40 Mk., ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 34—37 Mk., mäßig genährte Kühe und Färsen 29—33 Mk., gering genährte Kühe und Färsen bis 27 Mk.

Kälber: Doppellender, feinste Mast 82—86 [illegible] beste Mastkälber 55 bis 60 Mk., mittlere Mast- und beste Saugkälber 48 bis 53 Mk., geringere Mast- und gute Saugkälber 40—46 Mk., geringere Saugkälber bis 35 Mk.

Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 38—41 Mk., ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 35—36 Mk., mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 28—30 Mk.

Schweine: Fettschweine über 150 Klgr. Lebendgewicht 00 bis 00 Mk., vollfleischige von 120—150 Kilogr. Lebendgewicht 52 bis 54 Mk., vollfleischige Schweine von 100—120 Kilogr. Lebendgewicht 51—53 Mk., vollfleischige Schweine von 80—100 Kilogr. Lebendgewicht 48—52 Mk., vollfleischige Schweine unter 80 Kilogr. Lebendgewicht 48—51 Mk., ausgemästete Sauen 48—53 Mk., unreine Sauen und geschnittene Eber 43—46 Mk.

Hirschberg & Waldhaus
Breitgasse 120 Breitgasse 120
Billigste und beste Bezugsquelle für
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß.

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53-55

Anerkanntvornehmstes u. leistungsfähigstes Lichtspielhaus in Danzig.

Familien-Programm.

Humoresken. Naturbilder. Dramen. Lustspiele. Komödien. Szenen usw.

Stets das Neueste.

Vorzugskarten sind in der Zigarrenhandlung von **Eugen Sellin** zu haben.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
4. Bezirk Schidlitz.

Donnerstag, den 20. Juni 1912, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Steppuhn

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen W. Reck über „Die nächsten Aufgaben der Danziger Arbeiterschaft." 2. Diskussion. 3. Berichterstattung von der Provinzkonferenz. 4. Verschiedenes.

Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Genossen und Genossinnen pflichtgemäß es als Ehrensache betrachten, anwesend zu sein.

Die Bezirksleitung.
Ernst Reggenbuck. 492

Gewerkschaftslokal Heubude

Inh.: Ernst Kanthack.

Am Anfange des Dorfes schrägüber der Mühle.

Am Sonntag, den 16. Juni

Grosses Gewerkschaftskränzchen

wozu alle Genossen einladet

Das Komitee.

Mitgebrachter Kaffee wird zubereitet.
Angenehmer Aufenthalt im Garten.

Achtung! Parteigenossen! Achtung!

Bringe den werten Parteigenossen nochmals meine **Bäckerei** in Erinnerung und bitte um gefälligen Zuspruch

Aug. Grunwald
Haketwerk Nr. 8.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-Arbeiter Deutschlands, Filiale Danzig.

Am **Sonntag den 16. Juni** feiert der Verband sein diesjähriges

Sommer-Vergnügen

im Etablissement **„Bürgergarten"** des Herrn Steppuhn in Schidlitz, Karthäuserstrasse, bestehend in **Garten-Konzert, Preisschiessen, Würfelbude** und vielen anderen Belustigungen.

Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Bei eintretender Dunkelheit Fackel-Polonaise bei bengalischer Beleuchtung.

Abends **Tanz-Kränzchen.**
Um 1 Uhr Kaffeetafel.

Anfang nachmittags 4 Uhr.

Entree zum Konzert a Person 30 Pfg., Tanz für Herren inkl. Steuer 50 Pfg., Damen und Kinder unter 14 Jahren frei.

Zu diesem Vergnügen ladet alle Kollegen und Kolleginnen, alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, sowie alle Freunde und Gönner unseres Verbandes herzlichst ein

501 **Das Vergnügungskomitee.**

Zum fidelen Bauer Ohra-Niederfeld.

Am Sonntag, den 16. Juni 1912

Gewerkschaftskränzchen

Zu reger Beteiligung der Mitglieder der Gewerkschaft ladet ein

101 **Das Vergnügungskomitee.**

Zigarren, Zigaretten
Kau- u. Schnupftabak
empfiehlt
Eugen Sellin
Danzig, Schüsseldamm 56
gegenüber der Bartholomäikirche.

Spazierfahrten
Kremser bis 12 Personen
zu jeder Zeit
zur Verfügung
Ehlert
Karthäuserstr. 130.

Ausflügler
kehrt nur in denjenigen Wirtschaften ein, welche auf die
Volkswacht
abonniert sind, sie in ihren Lokalen auslegen und in dieselbe inserieren!

Donnerstag | Freitag | Sonnabend

95 die letzten drei Tage zu diesem Einheitspreise 95

Vorteile über Vorteile

500

1 Dutzend prima **Blumenfett-Seife 95 ₰**

Regen- oder Sonnen-Schirm 95 ₰

Handarbeiten vorgezeichnet . . . . **95 ₰**

1 großer **Celluloid-Handspiegel 95 ₰**

Stickerei-Jerseyschürze Kinderform . . . . . **95 ₰**

Damen-Biesenschürze mit breiter Stickerei . . . **95 ₰**

Schwarze Hausschürze extra breit, Volant und Taschen **95 ₰**

Rasier-Apparat und 5 gute **Messer 95 ₰**

Russen-Kittel mit Falten-Volant oder Satin oder mit Mütze . **95 ₰**

Kinder-Schürze farbig Siamosen oder Satin, bis 80 cm lang, reich garniert . . . **95 ₰**

1 Leder-Damen-Handtasche **95 ₰**

Achselschluss-Damenhemd mit Stickerei-Passe . . . . . **95 ₰**

Damen-Reformkleider mit breiter Stickerei . . . **95 ₰**

Damen-Nachtjacken weiss und farbig . . . . . **95 ₰**

1 große **Reise-Handtasche 95 ₰**

Leinen-Unterrock mit plissiertem Volant . . . . . **95 ₰**

Weisse Damen-Batistbluse 95 ₰ mit breiter Stickerei-Einsatz . . . . . .

1 (100/100) **Frottier-Badelaken 95 ₰**

2 Stück **Damen-Tücher 95 ₰** mit farbiger Kante . . . .

2 Stück **Herren-Tücher 95 ₰** mit blau gepunkteter Kante

6 Stück gewaschene **Buchstaben-Tücher 95 ₰** alle Buchstaben vorrätig . . . .

1 steife **Markt-Tasche 95 ₰**

1 Bürstentasche
1 gute Kleiderbürste
1 gute Schuhbürste
zusammen **95 ₰**

1 Haar-Garnitur mit Similisteinen . . **95 ₰**

1 **Tüll-Garnitur 95 ₰**

Normal-Herren-Hemd oder -Hose 95 ₰

1 Spazierstock
1 Selbstbinder
zusammen **95 ₰**

Macco-Herren-Hemd oder -Hose 95 ₰

1 große **Wachstuch-Tischdecke 95 ₰**

Mädchen-Turn-Hose blau Satin . . **95 ₰**

2 hübsche Knaben-Schürzen 95 ₰ blaugestreift und hellgestreift . . . . . .

12 Stück imit. Leder-Staubtücher **95 ₰**

Damen-Strümpfe 95 ₰

2 und 4 Paar **Herren-Socken 95 ₰** mit mehrfarbig . . . . . .

2 Paar **durchbr. Damen-Strümpfe 95 ₰**

3½ Meter **Gerstenkorn-Handtuchstoff 95 ₰**

Julius Goldstein

Junkergasse 2. **Danzig.** Neben Markthallen-Automat.

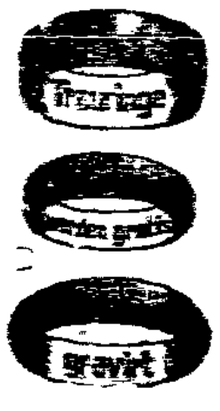
60 Leinen-Briefbogen und Kuverts **95 ₰**

Uhren kauft man billig und gut mit mehrjähriger Garantie

Silberne Damen- und Herrenuhren von **7.00 ℳ**
Goldene Damenuhren . . . . . von **14.00 ℳ**
Wecker . . . . . von **1.50 ℳ**
Regulatore und Freischwinger wegen Mangel an Raum zu nicht annehmbarer Preise.

Reparaturpreise: 1 Uhr reinigen 1 ℳ, Feder 1.— bis 1.5 ℳ, Glas 10 ₰, Kapsel 20 ₰.

Trauringe aus Feingold von **3** bis **60 ℳ** das Paar. **Eingraveren gratis.**



M. Jacobsohn,
Uhrmacher und Juwelier
Nur Breitgasse Nr. 113

Oskar Schützmann
Destillation und Likörfabrik
Tischlergasse No 67.

Feine Liköre, Rum, Kognak.

Erstkl. Zimmermannsche Rolle krankheitshalb. billig zu verkaufen. **Wiesengasse Nr. 10.** 484

Moderner Kinderwagen (Gummiräder, verstellbar) preiswert zu verkaufen Jungstädt. Gasse 9 I.

Ich habe nicht beabsichtigt, durch meine Aeußerung die Frau Senger, Unterstraße 3 zu beleidigen. **J. Müller.**

Friseur	M. Schielau	Häkergasse 15.
Friseur	M. Neumann	Schüsseldamm 18.
Friseur	M. Fröhlke	Mattenbuden 29.
Friseur	Paul Wächter	Gr. Berggasse 23.
Friseur	A. Müller	Schüsseldamm 30.
Friseur	Ewald Krause, Ohra	Schönfeld. Weg 9.
Friseur	Paul Müller, Elbing	Alter Markt 6.
Friseur	W. Schwichtenberg	Baumgart.-G. 30.
Friseur	Fritz Klein,	Rammbau 2.
Friseur	Ernst Wilm	Karthäuserstr. 97.
Friseur	J. Schramowski	Altst. Grab. 17/18.
Friseur	Wilhelm Lipski	Karthäuserstr. 86
Friseur	Gustav Bartz	Karthäuserstr. 80
Friseur	Hauser	Emaus Nr. 5 a.
Friseur	P. Wienhold, Langfuhr	Brunshofer Weg 24

Vorzüglichen, garantiert reinen
~ Schnupftabak ~
empfiehlt
Eug. Sellin, Schüsseldamm 56

Billigste Bezugsquelle für Nahrungsmittel
Julius Georgy
495 früher **Ammer**
Danzig, Stadtgebiet Nr. 7.

Thorn.

Ich habe meine Lokalitäten den Freien Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

Jeden Sonntag Tanz.

Um gütigen Zuspruch bittet **Joh. Jankewicz.**

Verantwortlicher Redakteur Julius Stadthagen, Berlin. Volksblatt-Druckerei Paul Singer & Co., Druck von Carl Langowski, Danzig in Danzig.

2 Beilagen u. Die Neue Welt.

1. Beilage zur Volkswacht

Nr. 49. | Danzig, den 15. Juni 1912. | 3. Jahrgang.

Die Expedition am geographischen Pol.

Am magnetischen Pol.

Zur Entdeckung des Südpols.

Die Bilder, die wir heute unseren Lesern unterbreiten, führen sie in die Regionen des ewigen Eises. Es sind Darstellungen, die Amundsen, der Entdecker des Südpols, auf seiner Reise selber aufnahm und die ersten authentischen Bilder, die in der Presse erscheinen. Sie zeigen uns die kühnen norwegischen Forscher inmitten der unendlichen Eiswüste im primitiven Lager und dann bei astronomischen Beobachtungen zur Bestimmung der genauen Lage des Pols.

Aus Westpreußen.

In der zweiten Beilage veröffentlichen wir den Organisationsentwurf, den der Parteivorstand dem Chemnitzer Parteitage für die Neugliederung unserer Partei vorlegt. Wir bitten die Genossen, ihn in den Bezirks- und Vereinsversammlungen zur Grundlage eingehender Diskussionen zu machen und eventl. Abänderungsanträge rechtzeitig zu stellen.

Danzig.

Ein freisinniger Junkerfreund.

Herr Kommerzienrat Münsterberg ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

In Nr. 47 Ihres Blattes vom 8. Juni d. Js. wird gesagt, daß ich das Geld für die nach Schwetz reisenden studentischen Wahlhelfer gegeben habe, wobei offen gelassen wird, ob das Geld aus meiner Tasche oder der liberalen Parteikasse geflossen sei. Hierzu bemerke ich:

1. Der erforderliche Betrag ist von den betreffenden Studenten bei mir als Darlehn erbeten und später zurückgezahlt worden;
2. Das Geld ist selbstverständlich aus meinen persönlichen Mitteln, nicht aus der Parteikasse, gezahlt worden.

Hochachtend

Otto Münsterberg.

Ausführlicher ist Herr Münsterberg in der Danziger Zeitung und den Neuesten geworden. Dort schreibt er, nachdem er den fraglichen Passus unseres Leitartikels, und eine analoge Stelle aus dem Vorwärts zitiert hat:

Vor der Wahl kamen einige Studenten, unter Führung eines mir bekannten Herrn, zu mir, um mir von ihrer Absicht Kenntnis zu geben, dem deutschen Kandidaten in Schwetz zu helfen; sie seien aber nicht sicher, daß die erforderlichen Reisekosten, rund 400 Mark, vorhanden sein würden. **Darauf erklärte ich mich selbstverständlich bereit, den Betrag sofort vorzustrecken.**

Zu meiner großen Ueberraschung fand ich diesen durchaus persönlichen und diskreten Vorgang nach einigen Tagen in der Zeitung dargestellt.

Das Geld ist von mir persönlich gegeben und nicht der Parteikasse entnommen, und ich habe den vorgeschossenen Betrag wenige Tage später auf Heller und Pfennig zurückerhalten. Danach erledigt sich die Behauptung des „Vorwärts", daß die Studenten „für meine Rechnung" nach Schwetz gesandt seien. Daß ich Liberaler bin, ist bekannt. **In solchem Kampf aber um unser Volkstum tritt die Parteirichtung zurück vor der Pflicht des Deutschen, den Deutschen zu helfen, auch wenn der Kandidat ein Konservativer ist. Von dieser Auffassung gedenke ich mich auch durch sozialdemokratische Angriffe nicht abdrängen zu lassen.**

Zunächst stellen wir fest, daß wir bereits am 10. Februar die gleiche Sache — ebenfalls in einem Leitartikel — erörterten. Herr Münsterberg schwieg bis heute auf unsere bescheidene Anfrage über die Herkunft des Geldes. Und erst, als ihm neuerdings das Feuer zu sehr auf die Nägel brannte, trat er seine Flucht in die Oeffentlichkeit an. Im Ernste zweifelten wir nie daran, daß das „Darlehn" seinem Vermögen entstammte. Da wir jedoch gern einige Einzelheiten über die näheren Umstände, unter denen es gegeben wurde, erfahren wollten, erfolgte unser Monitum. Wir danken also zunächst Herrn Münsterberg für seine Liebenswürdigkeit, in der Sache endlich selber das Wort zu ergreifen. Gebessert hat er die Situation, in die seine Partei durch die Tolpatschigkeit der Danziger Zeitung geraten ist, freilich durch seine Ausführungen auch nicht.

Es war für Herrn Münsterberg ganz „selbstverständlich", daß er den Betrag „sofort" vorstreckte. Wird es, wie er in den Schlußsätzen seiner Erklärung bemerkt, auch in Zukunft sein. Was soll indessen die alberne Phrase von „Zurücktreten der Parteirichtung?" „Man sollte doch glauben, daß jemand einer Partei angehört, weil er davon überzeugt ist, daß ihr Bestehen dem Vaterlande nützt. Dann muß er grundsätzlich alle andern Parteien bekämpfen und sich über deren Niederlagen freuen; denn nach seiner festen Ueberzeugung wollen diese seiner Partei und damit dem Vaterlande Schaden zufügen. Niemand vermag also mehr für sein Vaterland zu tun, indem er unbedingt treu zu seiner Partei hält. Wer nun zum Wohle des Vaterlandes die Interessen seiner Partei zurückstellt, spricht damit aus, daß seine Partei, in diesem Falle die freisinnige, nur persönlichen oder nackten Klassen-Vorteilen dient, und daß die feindliche Partei, hier die freikonservative, unterstützt werden muß, damit das Vaterland nicht zu kurz kommt. Die kritisierte Redensart enthält also jämmerliche Prügel auf den eigenen Buckel." So schrieben wir, als wir die Frage in dem vorhin erwähnten Leitartikel am 10. Februar behandelten. Besser als durch die Wiederholung dieser Sätze könnten wir die Situation Münsterbergs und seiner Gesinnungsgenossen auch heute nicht zeichnen. Aber nun ein anderes. Derselbe Münsterberg, der den Studenten das Geld für ihre Reise nach Schwetz gab — daß er es wiedererhielt, ändert an der Sache nichts — ist der Freund und Waffenbruder Mommsens, **der mit dem sozialdemokratischen Parteivorstande das Stichwahlabkommen schließen half, zu dem auch Danzig-Land gehörte.** Nach diesem Abkommen war Herr Münsterberg **verpflichtet,** in Danzig-Land dem Kandidaten derselben Partei, die er in Schwetz unterstützte, **mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen!** Man stelle sich einmal die Grotesk-Komödie einer solchen Taktik vor. Tatsächlich hat ja auch der Freisinn in Danzig-Land **kein ehrliches Spiel gespielt,** sondern den Wählern die Wahlparole des fortschrittlichen Parteivorstandes einfach **unterschlagen,** obwohl das liberale Wahlkomitee dem sozialdemokratischen Parteisekretariat versicherte, die Parole werde veröffentlicht. So sieht freisinnige Prinzipienfestigkeit aus!

Aber ein Gutes haben diese Vorgänge. Sie zeigen den Arbeitern, die noch im Kielwasser der Freisinnigen segeln, wie die Arbeiterinteressen von den Freisinnigen verraten werden. Und sie lehren zugleich, daß der gesamte Liberalismus nicht um ein Jota besser ist, als die als Volksfeinde bekannten Schwarz-Blauen.

* * *

Das Westpreußische Volksblatt bespricht in seiner Nr. 133 den Vorgang und bemerkt zum Schluß:

In der Ostmark läßt man sich nicht lumpen. Das haben ja auch die **Sozialdemokraten in Graudenz** erfahren. Sie haben für die dem nationalliberalen Kandidaten, Rittergutsbesitzer Sieg-Siegsruh geleistete Stichwahlhilfe **rund 7000 Mark als Ersatz ihrer Agitationskosten im ersten Wahlgange bekommen.** Und zudem hat bekanntlich Herr Sieg bei der Präsidentenwahl für Bebel und Scheidemann gestimmt! —

Das Westpreußische Volksblatt hätte ruhig noch eine Eins vor der Sieben setzen dürfen. Hahnebüchener als der Schwindel jetzt schon ist, wäre er dadurch auch nicht geworden. —

Zur Besichtigung des Schaufensters der Volkswacht laden wir unsere Freunde und Leser ein. Es birgt in einer Flasche ein Kulturdokument aus dem preußischen Osten: **Trinkwasser,** das in einer großen, unmittelbar an Danzig gelegenen Gemeinde im Gebrauch ist. Das Wasser ist trübe und verbreitete schon, als wir es erhielten, einen fauligen Geruch. **Es wimmelt von Ungeziefer.** Dieses Wasser stammt aus dem Brunnen des Hauses **Ohra, Niederfeld Nr. 12.** Wie man uns versichert, sind in Ohra-Niederfeld mehrere Brunnen vorhanden, deren Wasser allerlei Gewürm enthält. Die uns zur Verfügung gestellte Probe ist vorher dem

Amtsvorsteher von Ohra

zur Besichtigung übermittelt. Obwohl seitdem bei Niederschrift dieser Zeilen zwei Tage vergangen sind, ist der fragliche Brunnen noch immer in Betrieb. Von irgend einem Wort der Kritik nehmen wir angesichts der für sich selbst sprechenden Probe Abstand. **Mit Entschiedenheit aber fordern wir im Interesse der Hygiene die schleunigste Beseitigung der ekelhaften Schweinerei.**

Eine polizeiliche Niederlage. Wir berichteten bereits in Nr. 47 unserer Zeitung über eine Justizaktion, welche die Nichtanmeldung einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung durch unsern Genossen Sellin zum Anlaß hatte. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 11. Juni wurde Sellin nicht nur freigesprochen, sondern auf seinen Antrag **sämtliche Kosten der Staatskasse auferlegt.** Maßgebend für die Freisprechung war, daß in der Versammlung als Hauptsache nur Ausführungen wirtschaftlicher Natur und gewerkschaftlicher Kämpfe zum Ausdruck kamen. Die nebenbei erwähnten Vorgänge im politischen Leben genügten nicht, die Versammlung zu einer öffentlichen, politischen, also polizeilich anzumeldenden Versammlung zu machen. Diesen Standpunkt nahm bereits das hiesige Landgericht in einer Verhandlung am 30. Dezember 1911 ein, indem es den Genossen Grünhagen, wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung, in welcher die Genossin Leu-Schönlanke bei den Hausangestellten referierte, freisprach. In der Begründung des Urteils hieß es damals:

Um die Erörterung politischer Angelegenheiten handelt es sich nach der **herrschenden Auffassung nur dann, wenn Fragen erörtert werden, die die Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates unmittelbar treffen.**

Die Erörterung wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Tatsachen ist nicht politischer Natur, solange es sich nicht um die Einwirkung auf die Gesetzgebung und Verwaltung handelt. Nur gelegentliche Abschweifungen auf diesem Gebiete ändern den Charakter der Versammlung nicht. (Stenglein, Strafrecht, Nebengesetze, Bd. 1 1911, Reichsvereinsgesetz Paragraph 5 Ziffer 7, Paragraph 3 Ziffer 4 und 5.)

Der Blumenrummel ein finanzieller Mißerfolg! Mehr oder minder deutlich gibt die bürgerliche Presse ihrer Enttäuschung über das klingende Ergebnis des Blumentages Ausdruck. Während aber Danziger Zeitung und Danziger Neueste Nachrichten noch auf ein Reinerträgnis von 40 000 Mark rechnen, womit der Gewinn die gleiche Höhe wie im Vorjahre erreicht hätte, kommt die Danziger Allgemeine Zeitung in ihrem Rechenexempel nur zu 37 000 Mark Reinertrag. Die Unkosten werden auf etwa 5000 Mark angenommen. Nun scheint uns diese Summe ein ganzes Stück zu niedrig gegriffen. Selbst, wenn jedoch die Hoffnung auf den gleichen Ertrag des Vorjahres sich erfüllen sollte, würde angesichts der gegen das Vorjahr riesig gesteigerten Reklame immer noch von einem Mißerfolge zu reden sein. Von der in 40 000 Exemplaren hergestellten Ansichtskarte sind mehr als 20 000 Stück unverkauft geblieben. Daran ist mit einem Male der Professor schuld, der die Karte zeichnete. Er hat sich „in diesem Entwurf in einer zur Manie gewordenen, unnatürlichen Stilisierung und Farbengebung von unserem gesunden künstlerischen Volksempfinden weit entfernt," bescheinigt ihm die Danziger Allgemeine Zeitung. Armer Professor!

Lokalliste.

Nachstehend geben wir den organisierten Arbeitern die Adressen der Wirte bekannt, die uns ihre Lokale zu Versammlungen zur Verfügung stellen. Pflicht aller organisierten Arbeiter ist es, sofern sie ein Gasthaus aufsuchen wollen, zu diesen Wirten zu gehen. Wir sind verpflichtet, den Schaden, den ihnen Behörden und Volksfeinde durch Boykott zufügen, nach Möglichkeit auszugleichen, indem wir bei diesen Wirten unsern Verkehr konzentrieren. **Ganz besonders bitten wir die Wirte in den Ausflugsorten zu beachten.**

Danzig, Restaurant zur **Maurerherberge,** Schüsseldamm Nr 28.
Danzig, Restaurant von **Reimer,** Fischmarkt Nr. 6.
Danzig, Restaurant von **Sinnig,** Hirschgasse Nr. 9.
Schidlitz, Restaurant **Weinberg,** Weinbergstraße Nr. 8.
Schidlitz, Restaurant **Bürgergarten,** Karthäuserstraße Nr. 27.
Ohra, Restaurant **Zum fidelen Bauer,** Ohra-Niederfeld.
Langfuhr, Restaurant **Zur Erholung,** St. Michaelsweg Nr. 39.
Heubude, Restaurant von **Kanthack.**
Krakau, Restaurant von **Thomas.**
Lauenthal, Restaurant von **Siebert.**

Beim Spielen an der Mottlau fiel der sechs Jahre alte Schüler Silbermann aus der Rittergasse in den Fluß und ertrank.

Elbing.

Lange Tage.

Das Jahr hat seine Höhe erstiegen. Lang dehnen sich die Tage, und die Dämmerung des Abends spinnt ihre Fäden fast in die Morgendämmerung hinüber. Der reife Frühling will sich mählich zum Sommer wandeln. Und rinnt in die Straßen der Stadt

A. C. Stenzel, Danzig, Fischmarkt 28-34.

Billigste Bezugsquelle für sämtliche Arbeiter-Bekleidung.

auch das Leben sommers und winters gleichmäßig fort, am Rande des Häusermeeres zeigen sich die Unterschiede der Jahreszeiten schon deutlicher. Da bringen die langen Tage auch die lange Arbeitszeit.

Mit steigendem Frührot wird es auf den Aeckern und Feldern lebendig. Mit geschulterten Hacken und Spaten trotten diejenigen, die ein Aeckerlein besitzen, sonst aber einem Berufe nachgehen müssen, auf „ihr Land" hinaus. Die Kartoffeln, die im letzten Winter so überaus hoch im Preise standen, wollen sorgsam gewartet sein, daß nicht eine neue Mißernte der alten folge. Und der Frühsarbeit folgt die Abendarbeit als Extrazugabe für einen langen, schweren Arbeitstag. Dann geht es in die sinkende Nacht hinein. Wohl sind nun die Bewegungen lässiger und matter, als am Morgen. Aber das Beispiel des einen muntert den andern auf. Auch die Frauen helfen jetzt mit. Sie jäten das Unkraut und häufeln die Erde an. Eine stille, stumme Arbeit ist es. Nur selten fliegt ein Wort über die Aecker. Mit krummem Rücken stehen sie da und handhaben den Hackenstiel. Oder sie knien in der noch von der Tageshitze heißen Erde und rühren emsig die harten, arbeitgewohnten Finger.

Wenn dann die Sonne unter den Horizont gestiegen ist, und die gedämpften Lichter der Dämmerung am Himmel zu spielen beginnen, stehen und liegen sie noch immer auf den Feldern; ihre dunklen Körper heben sich wie Schatten aus dem Grün des in regelmäßigen Reihen gepflanzten Kartoffelkrautes. Ganz hinten zieht der Wald seine blaugrüne Wand als Abschlußlinie. Und auf der anderen Seite des Horizonts zeichnen sich aus den Dunstnebeln des zur Ruhe gegangenen Sommertages matt die Konturen der Industriestadt. Sie aber stehen und schauen nichts von der Schönheit der Natur, ganz hingegeben der Arbeit, die sie nützen wollen und müssen in den langen Tagen . . .

Eine Gewerbegerichtsverhandlung mit eigentümlichem Ausgang fand am 10. Juni hier statt. Der Bäckermeister St. klagte gegen die Elbinger Brotfabrik auf Fortzahlung des Gehalts wegen sofortiger, nach seiner Meinung ungerechtfertigter Entlassung, da er dreimonatliche Kündigung hatte. Der Sühnetermin verlief resultatlos. Es fand dann am 30. Mai ein Termin statt, in dem der Kläger nicht erschienen war, da er sich im Datum geirrt. Auf die beschworene Aussage eines Bäckergesellen und eines Kutschers wurde dann gegen St. ein Versäumnisurteil gefällt in Gestalt der Abweisung der Klage.

Gegen dieses Urteil erhob St. mit Erfolg Widerspruch. Es wurde dann ein neuer Termin auf den 10. Juni festgesetzt, mit — das betonen wir ausdrücklich — vollständig neuer Besetzung der Posten der Beisitzer. Der Vertreter des Klägers, Gewerkschaftsbeamter S. stellte eingangs der Verhandlung den Antrag auf Vertagung, und begründete dieses Verlangen folgendermaßen: Der Beamte des Bäckerverbandes Grygo hatte wegen der Entlassung des St. mit dem Geschäftsführer der Brotfabrik, Herrn Langer, verhandelt, und dabei äußerte Herr Langer, daß St. von dem Aufsichtsrats entlassen sei, nach seiner Meinung zu Unrecht, doch könne er dazu nichts tun, wenn jedoch St. klagen würde, würde er den Prozeß gewinnen.

Da nun Herr Langer der Vertreter der Beklagten vor dem Gericht sei, so gewinne dieser Prozeß dadurch doch ein neues Bild, und da Grygo zur Zeit Elbing nicht erreichen konnte, so wäre es recht und billig, wenn man auf diesen Zeugen nicht verzichtete.

Dem Vertagungsantrag wurde widersprochen, und Herr Langer äußerte hierbei, wenn er das gesagt hat, dann ist das seine Privatmeinung.

Der Gerichtshof zog sich darauf zur Beratung zurück. Nach Lage der Sache wegen des Vertagungsantrages. Doch es kam anders. Nach ein paar Minuten erschien er wieder, und der Vorsitzende, Herr Dr. Bartel, verlas das Urteil auf Abweisung der Klage.

Der Vertreter des Klägers, Genosse S. war darüber nicht wenig verblüfft, ebenso der Kläger St., doch erklärte der Vorsitzende auf den Protest: „Sie können ja Berufung einlegen, durch das Urteil ist der Vertagungsantrag erledigt." Da das Objekt über 700 Mark beträgt, wird das selbstverständlich geschehen.

In die Verhandlung ist weiter nicht eingetreten, als daß zu Beginn der Vorsitzende Klage, Klageerwiderung und Zeugenaussagen verlas. Die Zeugen des Klägers sind nicht vernommen, überhaupt nichts zur Sache gehöriges verhandelt. Sind die Beisitzer in der Lage, in einem solch komplizierten Falle, ohne den Kläger zu hören, sich ein Urteil zu bilden, und zwar in einer Zeit von einer Viertelstunde? Jedenfalls wird die Sache noch weitere Kreise ziehen, denn es muß dafür gesorgt werden, daß auch das Elbinger Gewerbegericht zu dem wird, was es sein soll: eine soziale Einrichtung.

Vorsicht! Es wird auf Arbeitergroschen Jagd gemacht! Von den verschiedensten Zeitungen ist wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß Elbing unter den größeren Städten Westpreußens die größte Zurückhaltung gegenüber dem Luftflottenrummel bewies. Das war natürlich, denn Elbing ist eine Arbeiterstadt, deren Bewohnern größtenteils nur ein kärgliches Auskommen beschieden ist. Alle Aufmunterungen der Elbinger Presse, für die Luftflotte in den Beutel zu greifen, blieben vergeblich, denn so töricht ist kein Arbeiter, seine Groschen zu opfern, wenn er sieht, daß die, die ihm das einreden möchten, sich selber vor dem Zahlen drücken.

Nun wollen die Luftflottenfreunde den fehlenden Enthusiasmus der Elbinger Arbeiter auf andere Weise wecken. Es soll bereits in allernächster Zeit in Elbing eine **Flugwoche** stattfinden und die Stadt soll **4000 Mk. als Garantiesumme zeichnen.** Der Magistrat ist dazu bereit. Leider ist bei der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung vorauszusehen, daß die Bewilligung erfolgt und der größte Teil der 4000 Mark somit verloren ist. Wenn es heißt, es sei nur in seltenen Fällen vorgekommen, daß die Schauflüge mit Defiziten geendet hätten, dann ist das einfach eine Unwahrheit. Und noch vor wenigen Wochen versicherte gerade mit Bezug auf Elbing in der bürgerlichen Presse Westpreußens ein Offizier, hier wäre mit Sicherheit ein Defizit zu erwarten. Das wissen auch die Befürworter des Projekts. Aber um in Elbing künstlich einen Luftflottenschwips zu erzeugen, haben sie gegen die Verwendung städtischer Gelder zu diesem Zwecke nichts. Unseren Genossen erwächst die dringende Aufgabe, mit aller Energie Abwehrmaßregeln zu ergreifen, um die Plünderung der Arbeitertaschen zu verhüten.

Ein zweiter Schichau. Kommerzienrat Komnick will seine Automobilfabrik vergrößern und plant daher den Erwerb von städtischem Terrain auf dem Roßgarten. Neben der Dynastie Schichau-Ziese entwickelt sich in der Familie Komnick eine zweite Elbinger Herrscherfamilie. Elbing wird immer mehr zur Stadt des typischen Großkapitalistentums.

Haffküste.

Zu dem Kranunglück im Königsberger Hafen, bei dem ein Tolkemiter Ziegelkahn zum Sinken gebracht wurde, wird der Königsberger Volkszeitung geschrieben:

Am Sonnabend, den 1. Juni, 5½ Uhr nachmittags, war der Kranführer nach einer kleinen Reparatur damit beschäftigt, den Kran auf seine Leistungsfähigkeit zu prüfen. Zu diesem Zwecke setzte er ihn in fahrende Bewegung. Plötzlich erhielt er einen kleinen Anstoß und geriet derart in eine schwankende Bewegung, daß er umkippte und mit seiner über 500 Zentner schweren Last auf das Ziegelfahrzeug fiel und dasselbe zum Sinken brachte. Der Führer befand sich im Kranhäuschen; er kann nur einem glücklichen Zufall danken, daß er gerettet und mit leichten Verletzungen davongekommen ist. Seine Frau war bei dem Unfall zugegen. Der Kran ist von der Firma Findeisen in Chemnitz nach Angabe der Ziegelei-Genossenschaft erbaut. Der Monteur der Firma hat schon damals Bedenken geäußert, daß der Unterbau ein zu schmales Geleise hatte und infolgedessen leicht schwanken könnte. Und trotzdem wurde der Kran aufgestellt. Hat denn die Aufsichtsbehörde die Mängel bei der Besichtigung nicht entdeckt? Hoffentlich hat das Unglück wenigstens zur Folge, daß in Zukunft bei Neuanlagen die Sicherheit eingehender geprüft wird. Die Ziegelei-Genossenschaft hat den Kranführer, der noch glücklich mit dem Leben davongekommen ist, entlassen!! Eben hat der Arbeiter sein Leben riskiert, und gleich darauf wird er brotlos gemacht. Das ist der Dank vom Herrn Kapital.

Danzig-Land.

Kreis und Gemeinde.

Seit Jahr und Tag liegt in einer Reihe von Ortschaften in der Umgebung Danzigs die wirtschaftliche Entwicklung mit einem veralteten Verwaltungssystem im Kampf. Das trifft u. a. für **Emaus, Bürgerwiesen, Sandweg, Oliva** und in noch höherem Maße, für **Heubude** und **Ohra** zu. Die wirtschaftliche Struktur der angeführten Gemeinden verlangt gebieterisch, daß sie an Danzig angegliedert werden, oder zum mindesten mit ihrem großen Nachbar einen Zweckverband bilden, damit die Aufgaben, die die einzelne Gemeinde aus finanziellen Gründen nicht lösen kann, durch geeinte Kraft ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden. Und wieviel ist hier zu tun! Man sehe sich doch einmal Beleuchtung und Kanalisation, Straßen und Schulen der genannten Orte an. Staat kann mit dem Vorhandenen sicher nicht gemacht werden. Der überwiegende Teil der Bevölkerung empfindet die Mängel täglich am eigenen Leibe und würde froh sein, wenn eine Umgestaltung der Dinge käme. Ein kleiner Kreis von Personen ist an der Erhaltung der heutigen Zustände interessiert und wird in seinem Widerstande durch die veraltete Landgemeindeordnung und die Bestimmungen über die Einteilung und Abgrenzung der Kreise gestützt.

So kam es zu den widerwärtigen Ereignissen, die sich im Kampf um die Eingemeindung Olivas entspannen, so kam es auch zu den Kämpfen innerhalb der Heubuder Gemeindeverwaltung, die dazu führten, daß der Gemeindevorsteher von Heubude, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, den gewählten Gemeindevertretern die Ausübung ihres Amtes unmöglich machte. Und wo bisher derartige Konflikte nicht akut wurden, wie in Ohra, befindet sich die Gemeinde in einem Zustande, für den uns geeignete parlamentarische Ausdrücke nicht zur Verfügung stehen.

Der Steuerzuschlag in Ohra ist höher als in Danzig. Was aber wird dafür geleistet? Die notwendige Schule erhält Ohra erst, nachdem ein langwieriger Prozeß die Gemeindeväter in die Enge getrieben hat. Wie die Straßen beschaffen sind, lehrt die [illegible] — und nicht nur sie allein! — mit wünschenswerter Deutlichkeit. Und die Trinkwasserverhältnisse [illegible] auf Kinderfeld. Gewiß, es ist eine Kommission gewählt, die mit Danzig wegen der Eingemeindung verhandeln soll. Ist aber jemand von den Ohraer Einwohnern naiv genug zu glauben, der Kreis werde geduldig zusehen, wie seine größte Gemeinde, die über 20 Prozent der gesamten Kreisbevölkerung darstellt, sich von ihm loslöst? Nach der letzten Volkszählung hatte der Kreis Danziger Höhe eine Einwohnerzahl von 53 452 Personen. Nimmt man ihm Ohra, dann geht die Zahl auf 42 000 zurück. Mit andern Worten: Der Kreis Danziger Höhe sinkt auf das gleiche Niveau finanzieller Leistungsunfähigkeit herab, wie der Kreis Danziger Niederung, der mit seinen 36 336 Bewohnern längst keinen Anspruch auf Lebensfähigkeit hat und nun noch Heubude verlieren soll. So ein winziges Gebilde mit einem Landrat, einem Kreisausschuß und allem, was drum und dran hängt, ist eine Einrichtung, die in gleicher Weise zu werten ist, wie der Miniatur-Reichstagswahlkreis Deutsch-Krone. Ein Mittel nur bleibt, um die Bahn für eine ersprießliche Entwicklung der Dinge freizumachen: Vereinigung der beiden überlebten Kreise Danzig-Höhe und Danzig-Niederung zu einem Kreise Danzig-Land. Die Tendenz dazu ist vorhanden. Und sie wird sich durchsetzen, ob sich Interessenpolitiker auch noch so sehr dagegen sträuben mögen.

Marienwerder.

Ein Feuer in Parpahren vernichtete zwei Grundstücke. Die Bewohner, mehrere Arbeiterfamilien, waren auswärts auf Arbeit. So kam es, daß nichts gerettet wurde und die Bedauernswerten den Verlust ihrer gesamten Habe beklagen.

Die Stadtverordneten von Stuhm genehmigten den Entwurf bezüglich der elektrischen Straßenbeleuchtung. Stuhm erhält 65 Lampen, von denen 20 über Nacht brennen werden.

Ein Schleppdampfer aus Nakel erlitt in der Nähe von Pieckel einen größeren Maschinendefekt. Er mußte die Fahrt unterbrechen und zur Reparatur nach Dirschau zurückkehren.

Graudenz.

Religionswahnsinn. Eine Arbeiterfrau aus der Weichselstraße, die ein eifriges Mitglied einer religiösen Sekte war, wollte in einem Anfalle von Wahnsinn ihr Kind aus dem Fenster werfen. Sie sah Geister in der Stube und Christus auf dem Tische. Nur mit Mühe konnten ihre Nachbarn sie davor bewahren, sich selber zum Fenster hinauszustürzen. Schließlich mußte das Opfer religiöser Schwärmgeisterei ins Krankenhaus gebracht werden.

Verschwunden ist ein aus Schäferei bei Marienwerder stammendes Dienstmädchen seit einigen Tagen. Es war bei einem Hotelbesitzer in Stellung und ging am Sonntag mit einem Unteroffizier spazieren. Von da ab fehlt jede Spur. Man glaubt, daß das Mädchen verunglückt ist.

Thorn.

Die Verurteilung eines 13jährigen Jungen nahm das Thorner Schöffengericht wieder einmal vor. Der noch nicht strafmündige Bruder des Betreffenden hatte in der Familie eines Schulkameraden einmal ein Zwanzigmarkstück und dann einige Tage später noch einmal zwei Zwanzigmarkstücke entwendet. Von dem Gelde haben die beiden Jungen sich teilweise Lebensmittel gekauft, einen Teil auch vernascht. Doch erhielt die geschädigte Familie 38,50 Mark wieder, so daß ihr nur ein Schaden von 21,50 Mark entstand. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Jungen wegen Hehlerei drei Tage Gefängnis. **Das Gericht ging aber über diesen Antrag hinaus und erkannte auf zehn Tage Gefängnis.**

Die Klempner und Installateure sind in eine Lohnbewegung getreten. Die Kollegen von allen Orten werden dringend um Fernhaltung des Zuzugs gebeten.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Letzkau. Die Leiche des in Dirschau beim Baden ertrunkenen Bäckerlehrlings geriet hier in das Netz eines Fischers und konnte geborgen werden.

Sie wünschen doch nicht

eine bestimmte Stiefelnummer zu kaufen,
sondern ein Paar, welches Ihnen gut paßt. 512
Wir werden Ihnen die richtige Größe geben.

Spezialität:

Kinder-Stiefel,
Sandalen.

Damen-Stiefel . . . . von Mk. 4,90 – 12,50
Herren-Stiefel . . . . von Mk. 4,50 – 14,50
Halbschuhe, Turnschuhe, Segeltuchschuhe
in reichhaltigster Auswahl zu billigsten Preisen.

Stiefelkönig G. m. b. H. **Breitgasse 120.**

Ulster [illegible] 14,50 an
Paletots [illegible] 16,50 an
Jacken-Anzüge [illegible] 12,50 an
Gehrock-Anzüge [illegible] 23,00 an
Einsegnungs-Anzüge [illegible] 6,25 an
Prüfungs-Anzüge [illegible] 6,75 an
Herren-Stoffhosen [illegible] 1,35 an
Knaben-Anzüge [illegible] sehr billig.

Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß.

Berufsbekleidung für alle Gewerbe.

Herren-Artikel.

Feste Preise. Feste Preise.

Goldene 10

Danzig

[illegible]

Schnell ausgezogen ist Stiefelbein
Und ist allein. Wie tut er schreien!
Da steht er nun ganz nackt und bloß,
Und die Verlegenheit ist groß.

Doch endlich naht' ein Jägersmann
Und bot ihm seine Hilfe an,
Hat ihn mit Kleidung und Geld versehn
Und schickt' ihn schnell zur „Goldnen 10"

Schwetz. Veranlaßt durch den Alkohol kam es in dem Kuhnschen Restaurant zu einer großen Schlägerei, bei der ein Brunnenbauer fünf Messerstiche in Kopf und Brust erhielt und einem Arbeiter drei Finger abgeschnitten wurden.

Putzig. Die Maurer und Zimmerer sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer die Forderung des 40 Pfennig-Stundenlohnes ablehnten.

Geschäftliches.

Konservengemüse aller Art schmecken wie frische Gemüse, wenn man sie kurz vor dem Anrichten mit etwas Maggi's Würze durchzieht. Aber es muß die altbewährte echte Maggi-Würze mit dem „Kreuzstern" sein.

Eine arme Frau hat den Betrag von 35,30 Mark verloren und bittet, da sie den Betrag ersetzen muß, edeldenkende Genossen und Kollegen um milde Gaben.

Frau Johanna Rhode.

Gütige Zuwendungen nimmt die Expedition der Volkswacht entgegen und sage im voraus hierfür vielen Dank.

Sachsen's leistungsfähigste

Fabriken überliessen uns bedeutende Gelegenheitsposten

Handschuhe :: Strumpfwaren :: Sommer-Unterzeuge

von Wert und Qualität weit unter regulärem Preis!

Die Vorteile, welche wir beim persönlichen Einkauf erzielt haben, sind so gewaltig, dass selbst der weiteste Weg ein lohnender ist. – Jeder Kauf bringt Ihnen grosse Ersparnisse.

14000 Stück Strumpfwaren, Handschuhe Sommer-Unterzeuge . . . .

6250 Paar Handschuhe

Kurze Halbhandschuhe	schwarz, weiß, farbig . Paar	12 ₰
Kinder-Handschuhe	in allen Farben Paar	18 ₰
Lange Halbhandschuhe	weiß . Paar	24 ₰
Damen-Handschuhe	pörös, 2 Knopf, mit Finger, in allen Farben . . . . . Paar	35 ₰
Damen-Handschuhe	12 Knopf, weiß, mit Finger, durchbrochen, mercerisiert . . . . . Paar	38 ₰
Damen-Handschuhe	Zwirn, 2 Knopf, in allen neuen Farben . . . . . Paar	38 ₰
Lange Damenhandschuhe	12 Knopf, Leinen, imit. u. durchbrochen, schwarz . Paar	38 ₰
Damen-Handschuhe	weiß, reine Seide mit Finger, 12 Knopf Paar	1.95 ℳ
Herren-Handschuhe	Halbseide, grau Paar	58 ₰
Damen-Handschuhe	imitiert Leinen, 12 Knopf, weiß und elfenbein . . . . . Paar	78 ₰
Damen-Handschuhe	lang, ohne Finger Paar	95 ₰
Damen-Handschuhe	imitiert Wildleder, grau mode, braun Paar	75 ₰

3500 Stück Sommer-Unterzeuge

Herren-Hemden und -Hosen	Makko u. Porös .	1.25 ℳ
Herren-Jacken Normal	. . . . .	95 ₰
Herren-Hosen Normal	. . . . .	1.45 ℳ
Herren-Hemden Normal	. . . . .	95 ₰
Einsatz-Hemden	. . . . .	1.95 ℳ
Damen-Jacken Normal	. . . . .	95 ₰
Damen-Untertaillen Normal	mit u. ohne Aermel	95 ₰
Damen-Beinkleider	offen, Reform, Normal	1.45 ℳ
Untertaillen	weiß Trikot, mit und ohne Aermel	68 ₰
Directoire-Beinkleider	helle Farben	95 ₰
Trikot-Hemdhosen	weiß Makko und Normal	1.95 ℳ
Trikot-Jacken und -Hosen	Ia. Konfektion .	1.10 ℳ
Kinder-Trikots Normal	für 3—6 Jahre	95 ₰
	für 7—10 Jahre	1.45 ℳ

Ca. 4250 Paar Strumpfwaren

Kinder-Jacquard-Strümpfe

2	3	4	5	6	8—9
25	30	35	40	45	50 ₰

Kinder-Strümpfe schwarz und braun

3—5	6—10
35	55 ₰

Herren-Socken Jacquard . . . . . Paar	45 ₰	
Damen-Strümpfe braun, engl. lang, halbdurchbr. Paar	65 ₰	
Damen-Strümpfe schwarz, deutsch lang . . . . Paar	35 ₰	
Damen-Strümpfe geringelt, engl. lang . . . . . Paar	35 ₰	
Damen-Strümpfe lang gestreift, engl. lang . . . Paar	85 ₰	
Damen-Strümpfe schwarz u. bunt, engl. lang, Flor Paar	95 ₰	

Verkauf nur soweit Vorrat. – Beachten Sie die Schaufensterauslagen.

Gebr. Freymann G. m. b. H. **Danzig, Kohlenmarkt 27-29.**

Reise-Kleidung

zu ermäßigten Preisen.

Jackett-Anzüge	von	18,00 ℳ an
Strand-Anzüge	„	7,50 ℳ an
Blaue Sakkos	„	16,50 ℳ an
Weisse Hosen	„	5,00 ℳ an
Touristen-Anzüge	„	17,00 ℳ an
Fantasie-Westen	„	2,50 ℳ an
Loden-Pelerinen	„	7,50 ℳ an

Rohseidene Jacketts und Anzüge

Eugen Hasse

Herren- und Knaben-Bekleidung

Jagd- und Sports-Ausrüstung

Kohlenmarkt 14–16.

Fernsprecher 1854. 510

Schuhwarenhaus Allen Voran

Danzig, Breitgasse Ecke 2. Damm 9

Große Auswahl in sämtlichen

Schuhwaren

:: :: enorm preiswert :: ::

Gegen Vorzeigung dieser Annonce gewähre bis auf weiteres

10 % Rabatt!

Von der Serie

Vorwärts-Bibliothek

ist Band II

Der Ausweg

Erzählung von Ernst Preczang Preis gut gebund. ord. nur 1 Mk. erschienen.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir auch noch einmal auf den bereits früher erschienenen Band I hin, enthaltend den Roman

Erweckt

von A. Ger

Preis gut gebunden 1,25 Mk.

Dieser Roman wurde bei seinem ersten Erscheinen in der Neuen Welt mit größtem Interesse gelesen.

Als nächstes Gratis-Kunstblatt gelangt für die Abonnenten der Wochenschrift In freien Stunden das Bild

Der Triumph der Arbeit

von Walter Crane

zur Ausgabe.

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32.

Eine Ausgabestelle der Volkswacht

haben wir in der Zigarrenhandlung von Eugen Sellin, Danzig, Schüsseldamm 56, Ecke Sammtgasse, errichtet. Daselbst werden auch jederzeit Abonnements auf die Volkswacht sowie Inseratauftrage angenommen.

Schillers Werke
Heines Werke

3 Bände zu 4 Mark

sind wieder eingetroffen

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse Nr. 32.

Hofwohnung, Stube, Küche, Bod., Stall für 14,50 Mk. von gleich zu vermieten. Schwarzes Meer 25.

Kl. Hofwohnung, part., allein gel., an nur ruhige ältere Frau oder alte Leute zu vermieten. Jungferngasse 6, Laden.

Eine kleine Wohnung mit eigen. Türe an anständige kinderl. Leute 1. 7. zu vermieten Kneipab Nr. 11.

Spendhausgasse 9 Wohnung für 11 Mk. zu verm.

Katergasse 23 Wohnung f. 12 Mk. zu vermieten.

Hirschgasse 18 Stube, Küche, Bod., Keller, 15 Mk. von gleich oder spät. zu vermiet. Näh. part. links.

Gr. Bäckergasse 12-13 kl. Part.-Wohnung, 15 Mk., zu vermieten.

Arbeiter-Sekretariat Danzig

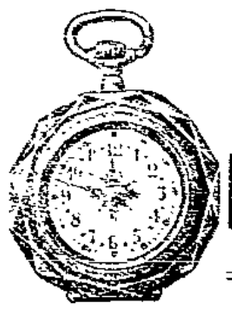
Schüsseldamm 56, 1 Treppe

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

Sprechstunden vormittags von 12–1, abends von 5–7 Uhr. Sonnabends von 4–6 Uhr

Beschwerdestelle für Arbeiterinnen.

Beschwerden, die sich auf die Nichtbefolgung der erlassenen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen seitens der Betriebsinhaber beziehen, werden von Frau **Meta Malikowski**, Danzig, Abeggasse 5a entgegengenommen und an die Gewerbeinspektion weiter gegeben. Dabei werden die Namen der Beschwerdeführerinnen der Gewerbeinspektion nicht mitgeteilt.



Neuheiten

in

Uhren, Gold-, Silberwaren

Brillanten

in grösster Auswahl.

Silberne Damen- u. Herren-Uhren von 7.50 Mk

Goldene Damen-Uhren von 15.— Mk.

Echt goldene Freundschaftsringe von 2.— Mk.

Broschen, Boutons, Kolliers, Armbänder, Medaillons in denkbar reichster Auswahl.

Besonders empfehle meine

Artus-Anker-Uhr

mit 2 echten Silberdeckeln, 15 Rubis 20.— Mk.

Artus-Anker-Uhr

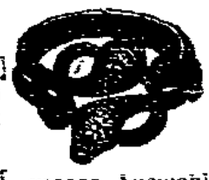
mit 3 echten Silberdeckeln, Doppelkapsel 25.— Mk.

Viele Dankschreiben über den genauen Gang meiner Artus-Uhr liegen zur gefälligen Einsicht.

Trauringe

führe ich nur ohne Lötfuge aus einem Stück geschmiedet, daher volle Garantie für grösste Haltbarkeit, das Paar von 3.— bis 70.— Mk.

Brillanten



grosse Auswahl in modernen Fassungen. Ueberzeuge sich jeder von der Preiswürdigkeit meiner Brillanten.

Goldene Damen- und Herrenketten sehr grosse Auswahl zu billigsten Preisen.

Eigene Uhren-Reparatur-Werkstätte.

Neue Feder 1.— Mk. Reinigen 1.— Mk. Für jede reparierte Uhr leiste 3 Jahre Garantie.

J. Neufeld Juwelier und Uhrmachermeister

Danzig, Goldschmiedegasse 26.

Fernsprecher 2180.

Vorzeiger dieser Annonce erhält bei jedem Einkauf 5 Prozent Rabatt.

Ed. Michaelsons Ww. Neufahrwasser Olivaerstr. 66 kauft nur **Schuhe und Stiefel jeder Art** am billigsten und besten.

Heute Freitag, den 14. Juni bleiben unsere Bureaus geschlossen und befinden sich von morgen ab 493

Schüsseldamm 56 I. Etag.

Arbeitersekretariat (Grünhagen). Parteisekretariat (Crispien).
Holzarbeiterverband (Unterhalt). Malerverband (Fooken).

Reparaturen!!

Seit 20 Jahren bekannt

für gute Ausführung in eigener Werkstatt

1 Uhr reinigen 1.– Mk., 1 neue Feder 1.– Mk.

1 Glas 15 Pfg., Zeiger 10 Pfg., Kapsel 20 Pfg.

S. Lewy Nachf., Breitgasse 28.

Hüte = Mützen

Herrenfilzhüte 2015
1,95, 2,45, 2,95 M 8 Qualitäten.
Cylinderhüte 3,75, 4,50 6,00 M
Chapeaux von 5,00 – 7,50 M
Mützen für Herren u. Knaben von 35 ₰ an.
Lederwaren, Schirme, Stöcke in größter Auswahl.
Sämtliche Berufskleidung in nur reellen Qualitäten.
Leser dies. Zeitung 5 % Rabatt.

E. Hirsch,
Alt.-Graben 78 u. Schmiedeg. 7.

Haar-Arbeiten

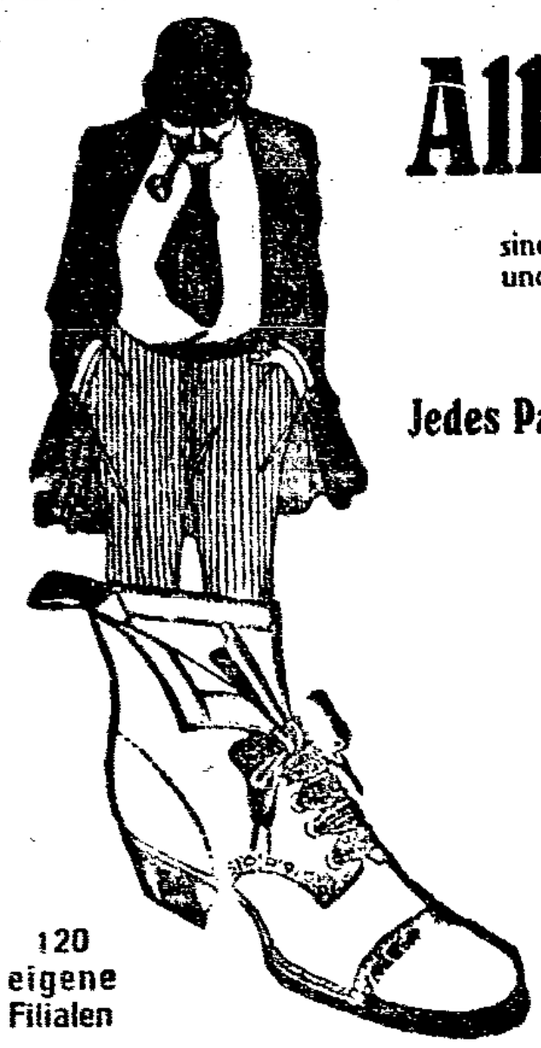
aller Art fertigt von den dazu gelieferten Haaren in kürzester Zeit billig und gut

J. Sokramowski
Altstädtischer Graben Nr. 18.
Fertige Zöpfe verkaufe billigst.

Mit Rucksack und Wanderstab

Von Jürgen Brand.
Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.
– Preis 20 Pfg. –
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Petershagen 11 b, h. d. Kirche, eine kl. Wohn. von sofort zu verm.



Allen voraus

sind unsere Fabrikate in Passform und Haltbarkeit bei konkurrenzlos billigen Einheitspreisen.

Jedes Paar Herren- oder Damenstiefel
Spezialmarke

6⁷⁵ Mk. 2036

120 eigene Filialen

„TURUL" SCHUHFABRIK A.-G.
Alfred Fränkel, Com.-Ges.

Danzig, 82 Langgasse 82.

Sämtliche Herren-Artikel und Wäsche 499

sowie

Everclean-Dauerwäsche

empfiehlt

Paul Ortmann
Inh. Fritz Eder

5 % Rabatt. 5 % Rabatt.

Kohlenmarkt 8. Kohlenmarkt 8.

Manufakturwaren — Herren- und Damen-Konfektion
Sämtliche Arbeiterbekleidung empfiehlt zu staunend billigen Preisen

Max Rohde Neufahrwasser 46 Olivaerstrasse 46

ELBING.

Otto Reuter Inh.: Heinrich Esau

Fernsprecher 212 **Elbing** Brückstrasse 6.

empfiehlt

in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herren-Hosen
Herren-Westen
Herren-Jacketts
Burschen- und Kinder-Anzüge
Arbeiter-Konfektion 504

Elbinger Hausfrauen!

bevorzugen das Braunbier aus der Bierbrauerei von

Rudolf Ullrich

Die Qualität ist immer gleichmässig und gut.

Schuhwaren

des Spezialschuhgeschäfts von

Geschw. Salinger

929 ELBING, Alter Markt 27

zeichnen sich aus durch Haltbarkeit, Billigkeit und gute Passform. Unser Prinzip ist: „grosser Umsatz, kleiner Nutzen" bei aufmerksamer freundlicher Bedienung.

Central-Theater

Elbings grösster u. schönster Kino 502

Nur Brückstrasse 15.

Neues Schlagerprogramm
In Schönheit unerreicht!

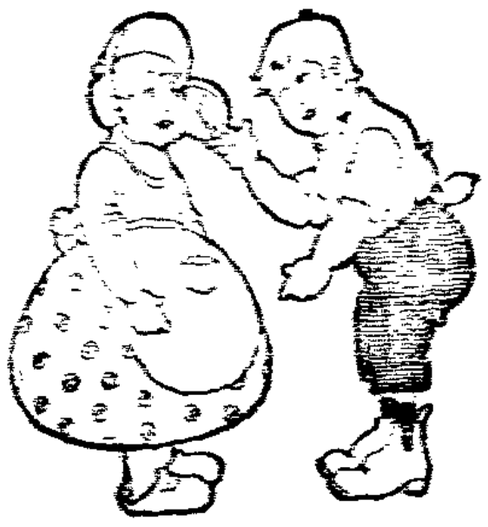
Nur eine Schauspielerin

Großes Drama in 3 Akten

Dazu: 502
ein reichhaltiges Programm.

Die Direktion.

Sie geht gut!



Uhren und Goldwaren

Ketten :: Ringe

Neu aufgenommen:
Paten- u. Hochzeitsgeschenke
Gestempelte Trauringe
in allen Preislagen
Reparaturen, die bestens [illegible] Ausführung 1507

Wilh. Link, Uhrmachermeister.

Fernruf 303. ELBING Fischerstr. 30.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Elbing.

Sie kaufen sämtliche neuesten erstklassigen

Konzert-Sprechapparate

und Musikinstrumente aller Art 30–40 Prozent billiger als von auswärtigen Abzahlungsgeschäften, mit Teilzahlung. 314

Spezialhaus f. Musikwaren

Emil Schaefer, Elbing

147 Leichnamstrasse 147

300 neue Schallplatten v. 1–14 M 25 cm, 30 cm, 35 cm u. 50 cm.

Billig und gut

ist Uhrmacher

Tischmann

Spezialwerkstatt.

Kaufen Sie

Brot

aus der

Brotfabrik Elbing

ständig frisch

Lange Niederstr. 63.

30 bis 40 Filialen.

Telephon 254

Vereins-Geschenke 503

Spielwaren
Schießpreise
für Vereinsfestlichkeiten in größter Auswahl mit

10 % Extra-Rabatt

L. Wolf Söhne

Alter Markt 35

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur
empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht", Danzig, Paradiesgasse 32.

2. Beilage zur Volkswacht

Nr. 49. | Danzig, den 15. Juni 1912. | 3. Jahrgang.

Vorlage betreffend Aenderung des Organisationsstatuts.

§§ 1—4 unverändert.

Gliederung.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. **Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pfennig oder wöchentlich 10 Pfennig, und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pfennig oder wöchentlich 5 Pfennig.** Mindestens 20 Prozent der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Berichterstattung.

§ 6 unverändert.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. **Eine Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.**
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, **des Parteiausschusses** und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit **dem Parteiausschuß** den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. **auf einstimmigen Beschluß des Parteiausschusses;**
3. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
4. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2, 3 oder 4 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, **unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern.** Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch **den Parteiausschuß.**

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat **der Parteiausschuß** eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand, der Parteiausschuß oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Vertrag mit dem Parteivorstande, **dem Parteiausschuß** oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, **des Parteiausschusses,** der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Rechenschaft über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Anm.: Jetziger Abs. 3 des § 19 fällt weg.

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus 32 Mitgliedern, **die vom Parteitag gewählt werden.** Die Mitglieder sind den einzelnen Landesteilen zu entnehmen. Zu diesem Zwecke beschließt der Parteitag eine Wahlbezirkseinteilung und eine Wahlordnung. Die Wahlkreisorganisationen jedes Wahlbezirks bilden einen Wahlkörper, der berechtigt ist, für seinen Bezirk einen Wahlvorschlag zu machen.

§ 21. Der Parteiausschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, sowie über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages und die Bestellung der Referenten.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Wenn notwendig, sind auch außerordentliche Sitzungen einzuberufen. Das muß geschehen, wenn ein Drittel der Ausschußmitglieder unter Angabe der Gründe es beantragen. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Der Parteitag wählt eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern, die die Verwaltung des Parteivorstandes kontrolliert und über Beschwerden entscheidet, die gegen den Parteivorstand aus seiner Tätigkeit nach §§ 17 und 19 des Statuts erhoben werden.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden der Parteiausschuß, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§§ 26—29 unverändert (früher §§ 23—26).

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen den **Parteiausschuß,** gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

* * *

Wahlordnung.

Den Wahlmodus, nach welchem die dem Parteitag für den Parteiausschuß vorzuschlagenden Genossen gewählt werden, bestimmen die Bezirks- bezw. Landesvorstände im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirkes. Sie leiten auch die Wahl.

Können sich mehrere Agitationsbezirke, die zu einem Wahlbezirk gehören, nicht über einen einheitlichen Wahlmodus einigen, so entscheidet der Parteivorstand über den Wahlmodus dieses Bezirkes.

Die Wahlbezirke, die mehr als ein Mitglied zu wählen haben, sollen möglichst auch eine Genossin als Mitglied wählen.

Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand vor dem Parteitag schriftlich mitzuteilen.

Nach § 20 des Organisationsstatuts werden Wahlkörper gebildet wie folgt:

Es wählen die Agitationsbezirke:

Ostpreußen und Westpreußen	1 Mitglied
Pommern und Posen	1 „
Groß-Berlin	1 „
Brandenburg	1 „
Breslau, Kattowitz, Görlitz und Langenbielau	1 „
Magdeburg	1 „
Halle	1 „
Erfurt und Kassel	1 „
Frankfurt	1 „
Thüringen I u. II, Altenburg, Gotha, Meiningen	1 „
Schleswig-Holstein	1 „
Hannover	1 „
Ostf. und Westf. Westfalen	1 „
Oberrhein und Tal[illegible]	1 „
Niederrhein	1 „
Südbayern	1 „
Nordbayern	1 „
Pfalz	1 „
Dresden	1 „
Leipzig	1 „
Chemnitz und Zwickau	1 „
Württemberg	1 „
Baden	1 „
Hessen	1 „
Mecklenburg und Lübeck	1 „
Braunschweig und Anhalt	1 „
Nordwest und Oldenburg	1 „
Hamburg	2 „
Elsaß-Lothringen	1 „
	32 Mitglieder

Bemerkungen zu den vorgeschlagenen Aenderungen des Organisationsstatuts.

Der Jenaer Parteitag nahm im vorigen Jahre einen Antrag 73 Auer Quarck an, der in seinem zweiten Teile wie folgt lautet:

„Der Parteitag beschließt: Zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat."

Die Kommission wurde auf Parteitagsbeschluß auf 22 Mitglieder erhöht und Genosse Dietz, der Vorsitzende des Parteitages, hat nach Annahme des Antrages festgestellt, daß die Kommission das Organisationsstatut auch auf die Notwendigkeit sonstiger Aenderungen zu prüfen habe. Die Kommission tagte am 13. und 14. Mai dieses Jahres in Berlin. Die von der Kommission beschlossenen Aenderungen des Organisationsstatuts sind in dem vorstehend wiedergegebenen Entwurfe fettgedruckt. In der Kommission wurde der Wunsch geäußert, daß der Parteivorstand dem Entwurfe bei der Veröffentlichung eine kurze Begründung beigeben möchte. Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach, bemerken jedoch im voraus, daß an den meisten Paragraphen des Organisationsstatuts Aenderungen nicht vorgenommen wurden, da es sich im allgemeinen durchaus bewährt hat.

Die Kommission beschloß die erste Aenderung beim § 5. Der bisherige monatliche Mindestbeitrag für Männer von 30 Pf. wurde auf 40 Pf. monatlich bezw. 10 Pf. pro Woche, und der Beitrag der Genossinnen wurde von 15 auf 20 Pf. bezw. 5 Pf. wöchentlich erhöht. Eine solche Erhöhung war bereits auf dem Leipziger Parteitag von vielen Seiten lebhaft verlangt worden. Inzwischen haben die politischen Kämpfe an Intensität zugenommen, für die Wahlen werden von allen bürgerlichen Parteien immer größere Aufwendungen gemacht und die Aufgaben der Partei werden immer umfangreicher. Das hat in der Praxis dazu geführt, daß der 40-Pf.-Monats- bezw. 10-Pf.-Wochenbeitrag sich immer mehr durchgesetzt hat. Bereits im vorigen Jahre hatten 82 Kreise den 10-Pf.-Wochenbeitrag, 48 Kreise den 40-Pf.-Monatsbeitrag und 3 Kreise den 50-Pf.-Monatsbeitrag für männliche Mitglieder. Die Beitragserhöhung kann jetzt ohne Bedenken beschlossen werden, da der 10 Pf.-Wochenbeitrag selbst in vielen Gegenden mit gering entlohnter Arbeiterschaft durchgeführt worden ist, ohne daß die Organisation dadurch Mitglieder verlor.

Nach dem bisherigen § 7 ist die gesamte Reichstagsfraktion zur Teilnahme an dem Parteitag berechtigt und hat — abgesehen von den die Fraktion betreffenden Fragen — volles Stimmrecht. Die Fraktion hat seit den letzten Wahlen erfreulicherweise eine Stärke von 110 Mann. Die Kommission war der Meinung, daß es genüge, wenn die Fraktion auf dem Parteitag durch eine Delegation vertreten würde. Diese Aenderung wurde bei allen früheren Beratungen über das Organisationsstatut bereits diskutiert, als die Reichstagsfraktion noch wesentlich geringer an Zahl war. Da neben der Delegation der Fraktion, bis zu einem Drittel ihrer Stärke, eine Anzahl Abgeordnete in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses anwesend sind, so wird auch nach der Aenderung des Statuts weit mehr als die Hälfte der Fraktion auf dem Parteitage vertreten sein.

Nach dem neuen § 14 soll die Vertreterin der Genossinnen in Zukunft als Sekretärin gewählt werden. Seit dem Nürnberger Parteitag sind die weiblichen Mitglieder im Parteivorstand durch eine Genossin vertreten, die als Beisitzerin gewählt wurde. Diese als Uebergangsbestimmung gedachte Form der Vertretung der Genossinnen im Parteivorstand kann jetzt geändert werden, nachdem sich die gemeinsame Organisation eingelebt hat.

Nach dem neuen § 20 soll ein Parteiausschuß eingesetzt werden. Diese Institution ist für die sozialdemokratische Partei neu. Die großen bürgerlichen Parteien haben seit langem unter verschiedenen Namen ähnliche Ausschüsse. Der Antrag 73 wurde in Jena damit begründet, daß die politischen Führer der einzelnen Landesteile an der Leitung der Partei beteiligt werden müßten. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen diese Genossen zu einem 32gliedrigen Ausschuß vereinigt werden, der alle Vierteljahr mindestens einmal zusammentritt. Die Befugnisse des Parteiausschusses ergeben sich aus dem Wortlaut des Entwurfes. Die Zahl von 32 wurde festgesetzt, weil bei einer größeren Zahl die Parteileitung zu schwerfällig werden müßte. Die Ausschußmitglieder, die nicht nur eine begutachtende, sondern auch eine beschließende Stimme haben, sollen vom Parteitage gewählt werden, da sie ihm Rechenschaft abzulegen haben. Da die einzelnen Landesteile durch Vertrauensleute im Parteiausschuß vertreten sein sollen, so hielt es die Kommission für zweckmäßig, diesen ein Vorschlagsrecht für die Wahl einzuräumen. Zu diesem Zweck müssen die Landesteile in Wahlkörper eingeteilt werden. Die gegenwärtige Bezirkseinteilung konnte schon aus dem Grunde nicht glatt übernommen werden, weil wir jetzt 45 Bezirke haben. Bei der Abgrenzung der Wahlbezirke mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht nur die einzelnen Landesteile soweit als möglich vertreten sind, sondern daß auch Bezirke mit sehr großer Mitgliedergahl eine entsprechende Vertretung erhalten.

Aus den 32 Wahlbezirken, die die Wahlordnung vorsieht, soll dem Parteitag der Vorschlag zur Wahl des Parteiausschusses gemacht werden. Für die Wahl der Parteiausschuß-Mitglieder in den Wahlbezirken wurde es nicht für nötig erachtet, einen einheitlichen Modus festzusetzen, vielmehr soll, wie bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag, den Organisationen Selbstrecht gelassen werden. Die Wahl der Kandidaten für den Parteiausschuß [illegible] der Bezirkstagen vorgenommen werden, oder sie kann durch die Wahlkreisorganisationen des Wahlbezirks direkt im Wege der Urabstimmung oder auf den Generalversammlungen erfolgen.

Für den diesjährigen Parteitag sollen keine Vorschläge gemacht werden, damit die Wahl der Parteiausschuß-Mitglieder auf dem Parteitag erfolgen kann für den Fall, daß der Parteitag die vorgeschlagenen Aenderungen beschließt.

Der Absatz 3 des bisherigen § 19 fällt weg. Die gutachtlichen Konferenzen der Bezirks- und Landesvorstände sollen zur Beratung organisatorischer Fragen und geschäftlicher Angelegenheiten nach Bedarf auch weiterhin abgehalten werden, ebenso wie bisher Redakteurkonferenzen und Geschäftsführerkonferenzen stattfinden, ohne daß das ausdrücklich im Statut festgelegt ist.

Die Kontrollkommission bleibt nach dem Entwurfe erstaltet als Instanz zur Kontrollierung der Verwaltung des Parteivorstandes und zur Entscheidung über Beschwerden gegen den Parteivorstand. Es erschien bedenklich, diese Funktionen auf den Parteiausschuß zu übertragen, der in politischen Fragen kollegial mit dem Parteivorstand entscheidet.

Die Kommission wird vor dem Parteitag nochmals zusammentreten, nachdem der Entwurf in den Organisationen und in der Presse diskutiert ist und die Anträge zum Parteitag vorliegen.

Beginn am 15. Juni 1912.

Saison-Räumungs-Verkauf!

Mein diesjähriger Ausverkauf ist, was Preise und Auswahl anbetrifft, mit der größten Sorgfalt vorbereitet, und bietet sich hierdurch eine sehr günstige Gelegenheit, gute reelle Ware zu staunend billigen Preisen zu erhalten.

Schürzen.

Weiße Kinderschürzen für jedes Alter von 1–12 Jahren . . . . . 1,25 ℳ
Schwarze Kinderschürzen weiß und farbig garniert, für das Alter von 1–12 Jahren . . . . . 1,25 ℳ
Farbige Kinderschürzen in vielen Mustern, von 1–8 Jahren . . . . 1,25 ℳ
Knaben-Spielschürzen von 1–6 Jahren . . . . . durchweg 68 ₰

Tändelschürzen gemustert Satin mit Bordüre . . . . . 55 ₰
Tändelschürzen Leinen in verschiedenen Ausmusterungen . . . . . 65 ₰
Teeschürzen Satin gestreift und getupft, entzückend garniert . . . 1,25 ℳ, 95 ₰
Teeschürzen Leinen gestreift, mit reicher Garnitur . . . . . 95 ₰
Teeschürzen weiß, mit Träger, reich gestickt . . . . . 1,45 ℳ, 95 ₰

Direktoire-Korsett mit Spiraleinlage . . . . . 2,95 ℳ

Schürzen.

Blusenschürzen Leinen, gestreift, mit Borden und Knopfgarnierung 95 u. 85 ₰
Blusenschürzen mit Tasche, Leinen gestreift, Knopf und Borde garniert 2,15 ℳ
Blusenschürzen mit und ohne Tasche, gemustert Satin, Knopf- und Bandgarnitur . . . . . 3,65 ℳ
Schwarze Alpakaschürzen extra weit . . . . . 95 ₰
Weiße Servierschürzen mit Einsatz und Stickerei . . . . . 1,35 ℳ

Reform-Schürzen Leinen gestreift, extra weit, mit Borden und Blenden garniert . . . . . 1,25 ℳ

Ein Posten **Herren-Garnituren** Unterjacke und Beinkleid früher bis 15,75, jetzt 9,75 ℳ

Ein Posten **Damen-Wäsche** Hemden und Beinkleider durch Dekoration angestaubt bis 25 % unter Preis

Direktoire-Korsett aus gebrauntem Drell mit Strumpfhalter . 3,65 ℳ

Waschstoffe.

Große Auswahl. Billige Preise.

Waschmusselin mit und ohne Borde . 26 u. 24 ₰
Waschmusselin bessere Qualitäten, entzückende Muster . . . 58 u. 38 ₰

Wollmusselin nur Neuheiten . . 1,75, 1,35 ℳ 85 ₰
Kleiderleinen imitiert . . . . . 58 u. 45 ₰

Zephyrs für Blusen, hübsche Streifen . . von 45 ₰ an
Zephyrs glatt und gestreift mit Borde . 75 u. 65 ₰

Ein Posten **Organdys** elegante Muster . . früher bis 1,65 jetzt durchweg 58 ₰

Ein großer Posten **Gemusterte Batiste und Mulls** bedeutend ermäßigt 72, 55, 35 ₰

Tapisserie.

Ein Posten **gez. Kissenplatten** mit Rückwand . . . . . Stück 68 ₰
Ein Posten **handgestickte Kissenbezüge** . . . . . Stück 1,65 ℳ
Ein Posten **Decken und Läufer** mit Spitzen und Filetmuster . . . . . Stück 95 ₰
Ein Posten **Reisekissen und Strandbeutel** . . . . . Stück 95 ₰
Ein Posten **Rips-Handtaschen** mit Bügel und breiter Spitze . . . . . Stück 95 ₰
Ein Posten **Pompadours** . . . . . Stück 95 ₰

Lederwaren.

Ein Posten ca. **500 Stück Damen-Handtaschen**

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
1,75, 1,25 . . 95 ₰	2,95, 2,45, 1,95 ℳ	3,75, 3,45, 3,25 ℳ	5,85, 4,95, 4,45 ℳ

Moderne Fassons, schwarz und farbig. Nur einmaliges Angebot. Die Taschen sind auf Extratischen ausgestellt. Verkauf I. Etage.

Diverse Artikel für Haus und Küche.

Speiseteller . . . . . Stück 7 ₰
Speiseteller . . . . . Stück 28 ₰
Kaffeeservice . . . . . 3,75 ℳ
Untertassen . . . . . Stück 3 ₰
Glasteller . . . . . Stück 5 ₰
Teebecher . . . . . Stück 9 ₰
Glastabletts . . . . . Stück 18 ₰
Fliegengläser . . . . . Stück 18 ₰

Salonbecher . . . . . Stück 6 ₰
Bierseidel „Ernst" . . . . . Stück 16 ₰
Spirituskocher „Expreß" . . . . . Stück 25 ₰
Gießkannen lackiert . . . . . Stück 38 ₰
Glühstoff . . . . . 30 ₰
Petroleumkanne . . . . . Stück 38 ₰
Schneeschläger . . . . . Stück 25 ₰
Vogelkäfige . . . . . 45 ₰

Wäscheleinen 30 Meter . . . . . Stück 88 ₰
Fliegenschränke gelb lackiert . . . Stück 88 ₰
Eisschränke . . . . von 58,00 bis 20,50 ℳ
Kleiderbügel . . . . . Stück 3 ₰
Küchenrahmen gelb lackiert . . . . . Stück 55 ₰
Servierbretter mit Linoleum-Einlage Stück 88 ₰
Blumenampeln Draht . . . . . Stück 45 ₰
Wetzsteine marmoriert . . . . . Stück 15 ₰

Größte Auswahl in Ansichtsartikeln, Nippes, Blumenvasen, Blumentöpfen und Jardinieren.

Freitag und Sonnabend. Nur in Danzig.

Konserven **Weine** **Wurstwaren**

zu staunend herabgesetzten Preisen.

Jeder Käufer soll diese Gelegenheit wahrnehmen.

Restaurateure und Pensionate erhalten Extra-Rabatt.

20 % gewähre ich auf Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel.

Walter Edelstein

Beachten Sie meine vier Schaufenster in der Passage.